

- 1 Das afghanische Fiasko im Krieg gegen den Terror
- 6 Jakob Kellenberger: Kann man Frieden üben?
- 10 Kolumbien: Friedensabkommen gefährdet
- 13 Ruag und Mowag in Brasiliens Favelas

- 16 Der Zivildienst kann den Zivilschutz nicht retten
- 20 Seidenstrasse: Romantik oder Neokolonialismus?
- 24 Nagasaki-Tag: Die atomare Kette durchbrechen
- 26 Anmerkungen zum sicherheitspolitischen Bericht

Afghanistan, Irak, Syrien, Mali – und wie weiter?

Gescheiterter Krieg gegen den Terror ohne Ende

Am 11. September 2021 jährt sich der Al-Kaida-Angriff auf die Twin-Tower in New York zum zwanzigsten Mal. Einen Monat zuvor Mitte August sind die damals von der Macht vertriebenen Taliban wieder in Kabul einmarschiert. Eine Bilanz des gescheiterten «Krieges gegen den Terrorismus» und seine weltweiten Folgen.

/ Andreas Zumach /

Seit den vom islamistischen Al-Kaida-Netzwerk verübten Anschlägen vom 11. September 2001 gegen Ziele in den USA beteiligt sich die grosse Mehrheit der 194 UNO-Staaten – auch die Schweiz – an dem vom damaligen US-Präsidenten George Bush ausgerufenen «Krieg gegen den Terrorismus». Sei es mit militärischen Mitteln, mit logistischen, geheimdienstlichen und finanziellen Beiträgen oder zumindest mit politischer Unterstützung.

Doch trotz dieser starken internationalen Beteiligung: Gemessen an dem vor 20 Jahren öffentlich proklamierten ersten Ziel, die Bedrohung durch islamistisch gerechtfertigten Terrorismus aus der Welt zu schaffen, ist dieser Krieg

nicht nur gescheitert, sondern sogar kontraproduktiv. Auch die nachgeschobenen Ziele, zerfallene oder diktatorisch regierte Staaten zu stabilisieren und dort Freiheit, Menschenrechte und Demokratie durchzusetzen, wurden verfehlt.

Keine selbstkritische westliche Bilanz der letzten 20 Jahre

Doch selbst nach der schmachvollen Niederlage der Nato-Staaten in Afghanistan, die Mitte August dieses Jahres mit der Rückeroberung der Hauptstadt Kabul durch die Taliban besiegelt wurde, findet keine ehrliche, selbstkritische Bilanz der letzten 20 Kriegsjahre statt. Stattdessen gab es nur gegenseitige Schuldzuweisungen über die eklatanten Fehleinschätzungen der Lage in Afghanistan und das Versagen aller westlichen Geheimdienste

und Regierungen seit Beginn dieses Jahres sowie erbärmliche und kleinkarierte Debatten über die Rettung und Aufnahme ehemaliger afghanischer Ortskräfte der westlichen Interventionstruppen und von Flüchtlingen. Und andernorts wird der gescheiterte «Krieg gegen den Terrorismus» einfach fortgesetzt.

In Afghanistan fand die erste, bislang längste und in jeder Hinsicht (Opferzahlen, finanzielle Kosten und andere eingesetzte Ressourcen) aufwendigste und folgenreichste Schlacht dieses Krieges statt. Seine heisse Phase begann am 7. Oktober 2001 mit Luftschlägen der USA gegen Stellungen des Al-Kaida-Netzwerks in Afghanistan. Ende Dezember 2001 waren die Al-Kaida-Strukturen in dem Land am Hindukusch weitgehend zerschlagen und das Taliban-Regime in Kabul gestürzt. Die Regierungen in Washington und anderen westlichen Hauptstädten feierten den ersten Sieg im «Krieg gegen den Terrorismus».

Es war vorhersehbar

In der aktuellen Debatte seit der Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul wird vielerorts behauptet, dieser



Ausgang der militärischen Intervention in Afghanistan sei nicht vorhersehbar gewesen. Doch «das ist falsch, er war vorhersehbar», wie die Kolumnistin Bettina Gaus Mitte August im deutschen Nachrichtenmagazin *Spiegel* völlig zu Recht feststellte. Als Korrespondentin in Ost- und Zentralafrika hatte Gaus bereits in den 1990er-Jahren die ähnlich gescheiterte Militärintervention westlicher Staaten im Bürgerkrieg in Somalia beobachtet. Diese Intervention war von ähnlicher kolonialer Arroganz und in weitgehender Unkenntnis der Verhältnisse in Somalia betrieben wie die Intervention am Hindukusch.

Zu Recht erinnerte Gaus in ihrer *Spiegel*-Kolumne daran, dass «es auch bereits vor 20 Jahren durchaus Leute gab, die mit guten Argumenten» – weil in Kenntnis der Geschichte, Kultur und innenpolitischen Verhältnisse in Afghanistan – «vor der Intervention gewarnt hatten». In der Schweiz war es zum Beispiel Paul Bucherer, Leiter des 1975 ge-

gründeten Afghanistan-Archivs in Basel (siehe Kasten auf Seite 5). Die Anschläge vom 11. September mit über 3000 Toten – so die Warner damals – waren ein Verbrechen gegen die Menschheit, und zur Verfolgung der Täter, Hintermänner und Financiers dieses Verbrechens sei der koordinierte Einsatz aller verfügbaren nationalen und internationalen polizeilichen und juristischen Mittel erforderlich. Aber ein Krieg sei die falsche Antwort, zumal ein Krieg als Rachefeldzug, wie er von US-Präsident Bush am 12. September 2001 angekündigt wurde.

«Naive Pazifisten und Besserwisser»

Doch diese Warner wurden damals verhöhnt als «naive Pazifisten» und «verbohrte Ideologen», oder ihnen wurde – insbesondere im seinerzeit von einer rot-grünen Koalition regierten Deutschland – «mangelnde Solidarität» mit den verbündeten USA vorgeworfen. Wer heute an diese Warnungen von damals erinnert, handelt sich häufig den Vorwurf der Besserwisserie ein. Derartige Vorwürfe tragen dazu bei, die überfällige Debatte über die wesentlichen Gründe des Scheiterns der Afghanistan-Intervention auch weiterhin zu verhindern.

Gerne wird auch die Moralkeule ausgepackt und den Skeptikern und Kritikern des Militäreinsatzes vorgehalten, die in den letzten 20 Jahren in Afghanistan erreichten Verbesserungen der Lebensbedingungen für Frauen und Mädchen, im Bildungssystem oder in der allgemeinen Menschenrechtslage seien ihnen egal. Denn diese Verbesserungen wären ohne die vorherige Zerschlagung der Al-Kaida-Strukturen und den Sturz des Taliban-Regimes mit militärischen Mitteln im Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Dezember 2001 nicht möglich gewesen.

Doch selbst wer diese These vertritt, sollte endlich bereit sein zu einer schonungslosen, selbstkritischen Aufarbeitung all der Fehler und Versäumnisse der Interventionsstaaten, die schliesslich die Rückkehr der Taliban an die Macht begünstigt haben, nach der möglicherweise alle in den letzten knapp 20 Jahren erzielten Fortschritte und Verbesserungen für die Menschen in Afghanistan wieder zunichte gemacht werden:

1. Warlords

An erster Stelle steht die Kumpanei mit General Abdul Rashid Dostum von der Nordallianz und anderen Warlords und Kriegsverbrechern im Bodenkrieg gegen

Al-Kaida und die Taliban. Dostum und die von ihm geführte Nordallianz sowie andere Milizen und Warlords waren die wichtigsten Verbündeten der US-amerikanischen und britischen Truppen in der Kriegsphase bis Ende 2001. Obwohl die Verstösse dieser Warlords gegen Menschen- und Frauenrechte jenen der Taliban kaum nachstehen.

Sie hatten/haben kein Interesse an rechtsstaatlichen Strukturen und einer funktionierenden Zentralregierung in Kabul, sondern waren/sind auf Erhaltung ihrer lokalen/regionalen Macht bedacht und auf den ungestörten Profit aus dem Drogenanbau. Auch bei der Afghanistan-Konferenz in Bonn, auf der Anfang Dezember 2001 eine Übergangsregierung sowie freie Wahlen vereinbart wurden, wurden die Interessen dieser Warlords in viel zu starkem Masse berücksichtigt. In den folgenden 19 Jahren taten die Interventionsmächte nichts, um den Einfluss dieser Warlords zurückzudrängen.

2. Zentralistischer Ansatz

Bei der Bonner Konferenz wurde auf Drängen der USA und gegen anfänglich erhebliche Bedenken anderer Teilnehmerstaaten Hamid Karsai als Präsident einer Übergangsregierung bestimmt – ohne Rücksicht auf die realen Verhältnisse in Afghanistan. Dort existierte noch nie eine funktionierende Zentralregierung. Die Macht lag immer und liegt weiterhin bei lokalen und regionalen Stammesführern, Warlords etc. Selbst wenn Karsai nicht oder weniger korrupt gewesen wäre, hätte dieses zentralistische Modell nicht funktioniert. Die USA deckten Karsais massive Wahlfälschung im Vorfeld seiner Wiederwahl zum Prä-



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen und regelmässiger Autor der **FRIEDENSZEITUNG**. Er lebt in Berlin.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Jakob Kellenberger, Manuel Müller, Nicola Goepfert, Helmut Köllner, Marionna Schlatter, Stop Femizid, Helena Nyberg, Ruedi Eppe, Ruedi Tobler, Ralf Willinger, Andrea Zellhuber, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seite 3: Kriki; Seite 7: Caspar Hedberg; Seite 11: Nadine Siegle; Seite 13/14: Bruno Itan; Seite 20,21,23: Helmut Köllner; Seite 25: Duanant-Museum; Seite 32: Jürgen Budday.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., September 2021

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag begriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



sidenten 2009 und verhinderten, dass die UNO diese Wahlen annullierte.

3. Tatenlos gegen die Drogenökonomie

Mit Ausnahme einer kurzen Phase zwischen 1996 und 2001, in der die Taliban den Anbau und die Verarbeitung von Opium untersagten und mit zum Teil drastischen Mitteln (Abflämmen von Opiumfeldern) auch unterbanden, kamen in den letzten 50 Jahren bis zu 90 Prozent des weltweit konsumierten Heroins aus Afghanistan. Drogenwirtschaft macht über 60 Prozent des Bruttonationalproduktes aus. Solange diese Rahmenbedingungen weiter bestehen und jährlich viele Milliarden Drogengelder in das Land fliessen, kann in Afghanistan nichts besser werden.

Denn alle Akteure, die kein Interesse an einem funktionierenden Staat, sondern nur an der Sicherung ihrer jeweiligen Pfründe und Machtpositionen haben, können sich mit den Einnahmen aus den Drogengeschäften Waffen kaufen, ihre Milizen finanzieren und von der lokalen Ebene bis hin zur Regierung in Kabul nach Belieben Polizisten, Soldaten, Verwaltungsbeamte oder Politiker bestechen. Doch gegen diese Drogenökonomie haben die Interventionsstaaten nie ernsthaft etwas unternommen.

Und dies, obwohl in Afghanistan tätige Entwicklungs- und Nichtregierungsorganisationen mehrfach detaillierte Programme vorgeschlagen haben, um die Kleinbauern, die bislang vom Opiumanbau lebten, bei der Umstellung auf andere Produkte zu unterstützen und ihnen dafür das gleiche Einkommen zu garantieren. Die Umsetzung dieser Vorschläge hätte einen Promille-Bruchteil der Ausgaben für den Afghanistankrieg gekostet, die allein für die USA von 2001 bis Ende 2020 bereits über zwei Billionen (2000 Milliarden) Dollar betrugen.

4. Pakistans anhaltende Unterstützung für die Taliban

Die Taliban («Koranschüler») sind Afghanen, die nach der sowjetischen Invasion in ihrem Land Ende 1979 in das Nachbarland Pakistan flohen. Dort wurden sie in Islamschulen ausgebildet und nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen vom pakistanischen Geheimdienst zurück in ihre Heimat geschickt. 1994 gründeten sie sich im südafghanischen Kandahar als Terrororganisation. 1996 bis zu ihrem Sturz Ende 2001 stellten sie die Regierung in Kabul. Von Beginn an und bis heute erhalten sie finanzielle und logistische Unterstützung von der Regierung und dem Geheimdienst Pakistans und konnten während des Krieges mit den Interventionstruppen der Nato pakistanisches Territorium als Rückzugs- und Ruheraum nutzen. Gegen diese durchgehende Unterstützung der Taliban durch Pakistan in den 20 Jahren des «Krieges gegen den Terror» haben die USA und ihre Nato-Verbündeten, aber auch Russland und China nie ernsthaft etwas unternommen.

Irak – die zweite Schlacht

Im Unterschied zur militärischen Intervention in Afghanistan stimmten beim völkerrechtswidrigen Krieg der USA und Grossbritanniens gegen den Irak im Frühjahr 2003 noch nicht einmal die Ausgangsbegründungen. Die Behauptung der Regierungen Bush und Blair, der irakische Diktator Saddam Hussein betreibe eine «operative Kooperation» mit dem Terrornetzwerk von Al-Kaida, war ebenso eine Lüge wie die Behauptung, er verfüge über Massenvernichtungswaffen. Die von Bush und Blair kurz vor Kriegsbeginn nachgeschobene Rechtfertigung, man wolle den Ira-

Fortsetzung Seite 4

Editorial

Sommerlochtheater um eine Frauendienstpflicht

Seit dem 1. August versucht eine Gruppe junger Leute aus der Westschweiz, inzwischen von einigen weniger bekannten PolitikerInnen unterstützt, einen seit zehn Jahren geplanten Vorstoss für einen allgemeinen Bürgerdienst endlich zu konkretisieren, indem sie, wie heute verbreitet, zuerst einmal UnterschriftensammlerInnen sowie Geld für eine entsprechende Volksinitiative sucht, um bei etwas Echo mit der Sammlung, professionell aufgegleist durch einschlägige Kampagnenorganisationen, beginnen zu können. Im Wesentlichen geht es den InitiantInnen darum, die militärische und männliche Wehrpflicht zu einem «allgemeinen Dienst an der Gemeinschaft» auszuweiten, sprich, eine Dienstpflicht für Frauen und Beteiligungsmöglichkeiten für AusländerInnen einzuführen. Wir berichteten 2019 in der Dezember-Ausgabe darüber.

Es geht diesen Leuten zwar nicht darum, unbedingt mehr Frauen zum Dienst in der Armee zu animieren, vielmehr sind sie aus irgendwelchen unbekannten Gründen der Meinung, dass die Frauen zu einem obrigkeitlich verordneten Dienst an der Gemeinschaft verpflichtet werden müssen. Anstatt die männliche Wehrpflicht infrage zu stellen, sollen alle Schweizer Frauen – wie hier lebende Ausländer – für den Staat irgendwelche nicht näher definierten Dienste leisten. Dass damit das schweizerische Milizsystem oder das angeblich gestörte Gemeinschaftsgefühl der Willensnation gerettet werden könnte, gar so etwas wie eine Wehrgerechtigkeit zwischen Männern und Frauen geschaffen würde, lässt sich aus den verschwurbelten Ausführungen mit dem besten Willen nicht herauslesen.

Unter dem Deckmantel «Gleichstellung der Geschlechter» gab es in diesem Sommerloch auch noch andere Wortmeldungen, so aus Offizierskreisen, die offensichtlich Angst haben, dass sich tendenziell immer weniger junge Männer, trotz Rückbau der Dienstpflicht, zum Militär melden oder bei ihm bleiben. Angeblich fehlen bis in zehn Jahren um die 20'000 bis 30'000 Kämpfer. Das VBS wälzt darum nicht nur Ideen, dass der Zivilschutz durch Zivildienstler alimentiert werden sollte (siehe Seite 16), sondern denkt über eine «Bürgerdienstpflicht mit freier Wahl der Dienstart und weit gefassten Einsatzbereichen» oder gar über eine allgemeine Sicherheitsdienstpflicht nach. Im Prinzip durchaus in Ordnung, sofern bitte «Dienstpflicht» vergessen und das freiwillige Engagement staatlich gefördert wird. Aber nur dann.

Peter Weishaupt

kern die Demokratie bringen, scheiterte ebenso wie in Afghanistan.

Und zudem bereiteten die USA in ihrer achtjährigen Besatzungszeit mit der völligen Vertreibung von Sunniten aus Positionen in Regierung, Verwaltung, Militär und Polizei sowie der Bewaffnung zunächst schiitischer Milizen gegen sunnitische Aufständische (sowie ab 2006 umgekehrt) den Boden für das Entstehen der nach Al-Kaida nächsten Terrororganisation «Islamischer Staat». Auch die Folterverbrechen der US-amerikanischen Soldaten und Geheimdienstler in Abu Ghraib und anderen Gefängnissen schürten den Hass auf die USA und dienten dem IS und anderen islamistischen Terrororganisationen zur Mobilisierung neuer Anhänger.

Syrien – die dritte Schlacht

Der schnelle, höchst erfolgreiche militärische Vormarsch, bei dem der IS ab März 2014 mithilfe der Waffen, die die USA zwischen 2003 bis zum Ende der Besatzungszeit 2011 in den Irak gepumpt hatten, zunächst weite Teile Iraks und danach fast 60 Prozent des syrischen Territoriums eroberten, kam für die Regierungen und Militärs in den westlichen Hauptstädten damals fast ebenso «überraschend» wie die Rückeroberung Kabuls durch die Taliban im August dieses Jahres. Ab 2016 bekämpften die USA und ihre Verbündeten, aber auch Russland den IS in Syrien.

Zu den Widersprüchen gehört hier – wie mit Blick auf Pakistans Rolle bei der Unterstützung –, dass die USA nichts unternahmen gegen die Unterstützung des IS durch verbündete Staaten wie Saudiarabien und dem Nato-Partner Türkei. Mehr noch: die Regierungen Obama und Trump unterstützten selber vermeintlich gemässigte, in Opposition zum Assad-Regime stehende islamistische Milizen in Syrien, die ihrerseits operative Beziehungen zu Al-Kaida und dem IS unterhielten.

Nach der weitgehenden Vertreibung des IS aus den von ihm eroberten Regionen in Syrien verkündeten die Regierungen in Washington wie in Moskau im Jahr 2018 erneut einen «Sieg» über den Terrorismus. Doch tatsächlich tauchten zehntausende IS-Kämpfer lediglich unter oder zogen unter Mitnahme ihrer Waffen nach Libyen, Mali, Afghanistan, in den palästinensischen Gaza-Streifen und andere Konfliktländer und -regionen.

In Afghanistan verübten IS-Kader seit 2019 gezielt Angriffe auf die schiitische Minderheit der Hazara. Damit eskaliert auch in Afghanistan – ähnlich wie zuvor im Irak und in Syrien – der innerislamische Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten.

Mali – die vierte Schlacht

Mali ist ebenfalls zum Schlachtfeld im Krieg gegen den Terrorismus geworden, seit zunächst die Tuareg im Norden Ende 2012 die regulären Streitkräfte des Landes vertrieben und einen eigenen Staat ausriefen und in der Folge islamistische Milizen auf die Hauptstadt Bamako im Süden vorrückten. Möglich wurden die militärischen Erfolge nur dank tausender Fremdenlegionäre aus Libyen, die nach dem Sturz von Herrscher Muammar Gaddafi im März 2011 unter Mitnahme ihrer zuvor von den USA, Frankreich und Grossbritannien gelieferten Waffen nach Mali zogen. Die seit 2013 in Mali etablierten zivil-militärischen Missionen der UNO (MINUSMA) und der EU (EUCAP und EUTM) sowie die parallel dazu agierende französische Antiterror-Operation «Barkhane» stehen vor sehr ähnlichen Problemen wie jene, die nach dem 11. September 2001 in Afghanistan geschaffen wurden. Auch in Mali ist das Scheitern absehbar.

Völkerrechtswidriger Drohnenkrieg

Parallel zu der auf bestimmte Länder konzentrierten militärischen Terrorismusbekämpfung mit herkömmlichen Mitteln (bemannte Kriegsflugzeuge, Bodestreitkräfte, Spezialtruppen) führen die USA seit mindestens 2004 auch einen Krieg mit bewaffneten Drohnen. Die Einsätze richteten sich nicht nur gegen Ziele in Afghanistan, Irak und Syrien, sondern auch in Pakistan und anderen Ländern. Zentrale Leitstelle für die weltweiten Drohneneinsätze ist die US-Luftwaffenbasis Ramstein im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz.

Verlässliche offizielle Informationen über Umfang, Ziele und Opfer dieser Drohneneinsätze gibt es nicht, da sie in Washington grösster Geheimhaltung unterliegen. Für diese Einsätze gibt es keine völkerrechtliche Grundlage und auch keine rechtsstaatlichen Verfahren. Der US-Präsident, der mutmassliche Terroristen auf Vorschlag der Geheimdienste zum Abschuss freigibt, ist Staatsanwalt, Richter und Henker in einer Person.

Zu Recht werden diese Einsätze daher als völkerrechtswidrige Drohnenmorde

kritisiert. Die Bundesregierung in Berlin lässt die Nutzung von Ramstein für diese Morde zu und verstösst damit nicht nur ebenfalls gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die deutsche Verfassung. Es ist davon auszugehen, dass diese Drohnenmorde an den Zielorten und bei den Angehörigen der Ermordeten als eine besonders feige Handlung wahrgenommen werden und daher den Hass auf die USA/den Westen verstärken sowie islamistischer Radikalisierung und Terrorbereitschaft Vorschub leisten.

Krieg ohne völkerrechtliche Grundlage

Die völkerrechtliche Grundlage fehlt nicht nur für die Drohneneinsätze der USA, sondern für den gesamten «Krieg gegen den Terrorismus». Zum einen konnten sich die Mitgliedsstaaten der UNO trotz jahrelanger Verhandlungen nicht auf eine gemeinsame Definition von Terrorismus einigen. Deshalb gibt



es auch bis heute keine verabschiedete Anti-Terrorismus-Definition. Zum anderen enthält die Resolution 1263, mit der der UNO-Sicherheitsrat am 12. September 2001 auf die Terroranschläge vom Vortag reagierte, entgegen anderslautenden Behauptungen kein Mandat für den Einsatz militärischer Mittel. Dennoch wird diese Resolution von den Regierungen in Washington und anderen Hauptstädten seitdem als völkerrechtliche Grundlage für den «Krieg gegen den Terrorismus» angeführt.

Dagegen gab es bis heute keinen ernsthaften Widerspruch irgendeines Landes. Denn die Regierungen aller UNO-Staaten – egal ob demokratische oder diktatorische, ob verbündet oder verfeindet mit den USA – haben die Anschläge vom 11. September 2001 damals als einen heimtückischen Angriff und eine Verletzung nationaler Souveränität wahrgenommen, die eines Tages poten-

Experte warnte Ende 2001 vor der Entsendung bewaffneter UNO-Truppen nach Afghanistan

«Afghanen dulden keine ausländischen Soldaten»

Die Entsendung einer bewaffneten UNO-Truppe nach Kabul wäre nach Einschätzung eines führenden Afghanistan-Experten höchst riskant. Zwar sei eine UNO-Präsenz zur Absicherung der politischen Neuordnung notwendig, sagte der Leiter des Afghanistan-Archivs in Bubendorf bei Basel, Paul Bucherer, der Nachrichtenagentur AFP. Dabei müsse es sich jedoch um eine Beobachtermission handeln. Allenfalls könnten UNO-Soldaten Einrichtungen der UNO und ausländische Botschaften in Afghanistan absichern. Eine darüber hinausgehende «bewaffnete UNO-Präsenz wäre jedoch eine Katastrophe», warnte der Schweizer, der international als einer der besten Afghanistan-Kenner gilt.

Bucherer verwies auf den «grossen Unabhängigkeitswillen» der Afghanen, die keine ausländischen Truppen in ihrem Lande duldeten. Sowohl 1948 die Briten als auch in den 1980er-Jahren die sowjetischen Besatzer hätten immense Verluste erlitten und seien letztlich gescheitert. Die UNO-Beobachter müssten dem Rechnung tragen und sich daher «äusserst diskret» verhalten. Zu den Chancen der in Bonn vereinbarten Übergangsregierung wollte sich Bucherer, der seit 35 Jahren regelmässig nach Afghanistan reist und dort Kontakte zu allen Volksgruppen unterhält, nicht äussern. Dazu sei es noch zu früh, sagte er.

AFP-Meldung vom 6. Dezember 2001

REFORM ODER
MADE - WELCHE
HAT DIE UNO?

BEFINDET SICH IN DER
SEIT DER GRÜNDUNG
SCHREIBT ANDREAS
NEM BUCH. IM RAHMEN
CLUBS PRÄSENTIERT ER
D MÖGLICHE AUSWEGE
E. DISKUTIEREN SIE MIT!

- 18.00-19.30 UHR
VENT ÜBER ZOOM

MIT IMPULSEN VON:
E 1954 GEBOREN, IST JOURNALIST UND
IN BERLIN. ER WAR VON 1988 BIS 2020
I GENÈVE. ER ARBEITET FÜR DIE BERLINER
ZÜRCHER WOCHENZEITUNG WOZ, DIE
WEITERE ZEITUNGEN, RUNFUNK- UND
SCHLAND, DER SCHWEIZ, ÖSTERREICH,
GROSSBRITANNIEN UND DEN USA.

UNG UNTER: WWW.SCHWEIZ-UNO.CH

Logo: Swiss Confederation (Red Cross) and United Nations (Blue Map)

Association
Suisse - ONU
Gesellschaft
Schweiz - UNO

ziell auch ihr Land treffen könnten. Das erklärt auch die sehr handfeste Unterstützung und Kooperation, die die USA und dann auch die Nato während ihres Einsatzes in Afghanistan von eher gegnerischen Staaten erfahren haben.

Alle vereint gegen den Terrorismus

Iran hielt den US-Truppen in den entscheidenden Kriegswochen von Oktober bis Dezember 2001 im Länderdreieck mit Afghanistan und Pakistan den Rücken frei. Zudem lieferte Iran mehrere hundert Männer an die USA aus, die von der Bush-Administration der Terrorismus-Unterstützung verdächtigt wurden. Die Regierung in Moskau ermöglichte den Nachschub von Waffen und Material für die Nato-Truppen in Afghanistan über russisches Gebiet.

China hat trotz aller seit Anfang des Jahrausends zunehmenden geostrategischen Konkurrenz zu den USA den Afghanistan-Einsatz nie kritisiert und auch im UNO-Sicherheitsrat immer alle diesbezüglichen Resolutionen mitgetragen. Denn die US-Präsenz in Afghanistan war für Peking auch eine Gewähr, dass über die gemeinsame Grenze mit dem Nachbarland keine Islamisten in die Grenzregion Xinjiang einsickerten, Heimat der von Peking unterdrückten muslimischen Minderheit der Uiguren.

Terrorismus-Instrumentalisierung

Der Konflikt zwischen Peking und den

Uiguren ist zugleich ein Beispiel dafür, wie der Terrorismusbegriff seit Beginn des Krieges vor 20 Jahren von immer mehr Regierungen durch willkürliche Anwendung immer weiter entgrenzt, instrumentalisiert und missbraucht wird, um gegen eine (tatsächliche oder vermeintliche) innenpolitische Opposition oder aussenpolitische Gegner vorzugehen. Und zwar unabhängig davon, ob es sich bei diesen um Muslime/Islamisten handelt oder nicht.

Ein aktuelles Beispiel ist der völkerrechtswidrige Krieg der Türkei gegen die Kurden im eigenen Land, in Syrien und im Irak, den Präsident Erdogan stets mit dem Terrorismusvorwurf an die Kurden zu rechtfertigen sucht. In Damaskus brandmarkt das Assad-Regime seit Beginn der innersyrischen Konflikte im März 2011 jegliche Oppositionsgruppe oder Einzelpersonen konsequent als «Terroristen». Die Militärdiktatur in Ägypten greift ebenfalls gerne zu diesem Mittel, um ihr Vorgehen gegen innenpolitische Gegner zu rechtfertigen. Und auch in Moskau hat die Regierung Putin inzwischen mehrfach unliebsame Kritiker dem Terrorismusverdacht ausgesetzt. In den USA sowie in den demokratisch verfassten Staaten in Europa oder in Australien wurden in den letzten 20 Jahren mit der Begründung der Terrorabwehr Bürgerrechte eingeschränkt und Überwachungsmassnahmen verstärkt.

Kann man Frieden üben?

Vom 8. bis 14. August fand der vom Forum für Friedenskultur erstmals durchgeführte «Ilanzer Sommer» mit einem Reigen von Veranstaltungen und Workshops sowie einem kulturellen Rahmenprogramm im Ilanzer Dominikanerinnenkloster statt (siehe **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 37 vom Juni 2021). Das Eröffnungsreferat am 8. August hielt Jakob Kellenberger, früherer IKRK-Präsident und heutiger Präsident des Swisspeace-Stiftungsrats. Untertitel durch die Redaktion.

/ Jakob Kellenberger /

Der Umfang der Wahrnehmungen, denen wir in der medial globalisierten Welt ausgesetzt sind, und die beschränkten Handlungsmöglichkeiten werden im Interesse einer realistischen Lagebeurteilung mit Vorteil auseinandergehalten in einer Welt, die 104 bewaffnete Konflikte im Jahre 2020 zählte, an denen sich 63 Staaten und 103 nichtstaatliche (nach IKRK-Kriterien) Konfliktparteien beteiligten. Und von der kollektiven und interpersonellen Gewalt, die weit mehr Todesopfer als die Kriege fordern, haben wir noch gar nicht gesprochen.

Die bewaffneten Konflikte nehmen zu, die Rüstungsausgaben nehmen zu, die Rüstungsexporte nehmen zu. Es gibt noch Leute, die sich längst nach seiner Ankunft fragen, ob der nächste Kalte Krieg angekommen ist. Die USA und China achten mit Vorteil eher darauf, dass er sich nicht bis zur Unkontrollierbarkeit erhitze. Ich kann und will Ihnen nicht die Beurteilung des Global Peace Index 2021 vorenthalten: «Die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts zwischen militärischen Grossmächten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, was die Anreize für die Länder weiter erhöht hat, ihre Militärausgaben zu erhöhen und ihre militärischen Kapazitäten auszubauen.»

Zeiten des Krieges und des Friedens lösen sich ab

Eingeladen, mich mit dem Thema des Friedens auseinanderzusetzen, überschwemmt mich jedesmal eine Flut von Fragen, auf die ich lieber mit Fest-

stellungen als Antworten reagiere. Ist der Mensch von Natur aus friedfertig oder streitsüchtig? Steht der Krieg am Anfang der Geschichte oder der Frieden? Entsteht der Krieg nur, weil eine Staatsführung oder «private» Kriegsherren vom Krieg viel zu gewinnen erhoffen und nichts zu verlieren befürchten? Oder haben Sie schon von Staatslenkern und militärischen Befehlshabern gehört, welche die ersten Kriegsmonate wie ein Füsiliersoldat im Schützengraben verbrachten? Sie sind angeblich unentbehrlich: nicht für den Schützengraben, aber für die Staatslenkung aus dem sicheren Büro. Hat es sich mit Krieg und Frieden im kleinen Kreis anders verhalten als im grossen?

Wir stellen fest: Zeiten des Krieges und Zeiten des Friedens lösen sich seit Geschichtsbeginn ab, von unterschiedlicher Dauer, mit unterschiedlichen Folgen. Wir stellen fest, dass in der Geschichte eher eine Minderheit von Denkern und Denkerinnen den Menschen für friedfertig hielt. Wir stellen auch fest, dass sich das Recht zum Krieg und das Recht im Krieg über die Zeit entwickelt haben, und vermuten, dass dies weiter so geht.

Das Gewaltverbot der UNO-Charta

Wir müssen mit der UNO beginnen: Erstmals in der Geschichte wurde 1945 eine Organisation geschaffen, die Gewalt zwischen den Staaten mit zwei Ausnahmen verbietet. Der Sicherheitsrat ist das Organ, welches für internationalen Frieden und die internationale Sicherheit die Verantwortung trägt. Wichtig: Das Gewaltverbot der Charta erstreckt sich nicht auf die Gewalt im Inneren der Mitgliedstaaten, die Bürgerkriege also, die heute die grosse Mehrzahl der Kriege ausmachen. Die rote Linie von Artikel 2.7* kann gar nicht überschätzt

* Art. 2.7. der UNO-Charta: «Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmassnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.»

werden. Versuche, diese Souveränitätsbarriere zu durchbrechen, sind in der Regel gescheitert.

Die Präambel der UNO-Charta hebt feierlich an mit den Worten: «Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter von der Geissel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat.» Der Frieden steht am Anfang von Artikel 1: «Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: 1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und beseitigen (...).»

Sicherheitsrat: zwar fleissig, aber weitgehend beschlussunfähig

Einen Krieg mit den Folgen der beiden Weltkriege hat es seit 1945 nicht gegeben. Viele Kriege aber hat es gegeben, worunter besonders schreckliche wie den Vietnam- und den Koreakrieg. Viele Kriege sind unterwegs, unterwegs seit Jahrzehnten. Über die Wirksamkeit vergangener und laufender Kollektivmassnahmen wie friedensunterstützender Missionen verbreite ich mich hier nicht. Die UNO ist im Bereich der Konfliktvorbeugung entgegen wiederholter früherer Willensäusserungen schwach geblieben. Es gibt auch Staaten, welche Empfehlungen und Beschlüsse der UNO nicht besonders ernst nehmen. Dies ist allerdings auch der Ort zur Feststellung, dass es in vielen Gegenden ohne die UNO noch viel schlechter aussehen würde.

Der Sicherheitsrat wird fleissig angerufen, lässt sich fleissig informieren und tagt entsprechend fleissig. Das wichtigste Organ für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit ist seit einiger Zeit aber weitgehend beschlussunfähig. Der Rat allein kann Massnahmen bei der Bedrohung oder beim Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen beschliessen. Die USA und Russland dürften das Veto gegen Sicherheitsratsbeschlüsse am häufigsten einlegen. Das ist gerne der Fall in Situationen, aus denen sie die UNO heraus-



Das Calabash Community Restaurant ist Teil des Orwa-Projekts von Cuisine sans frontières in Kenia

halten wollen. Die USA gaben ein Beispiel im Nahostkonflikt im Mai 2021.

Kleine Friedensinseln bauen

Die UNO verabschiedete 2005 nach langen und zähen Verhandlungen das Konzept der internationalen Schutzverantwortung (besser bekannt unter dem englischen Kürzel R2P, responsibility to protect) mit den Bedingungen, unter denen Staaten zum Schutz der Zivilbevölkerung in anderen Staaten eingreifen können sollten. Ein Missbrauch des Konzepts bei der Anwendung in Libyen 2011 scheint praktisch zu seinem Tode geführt zu haben. Die Schlächtereien unter der Zivilbevölkerung im südsudanesischen Bürgerkrieg von 2013 bis 2018 wäre ein Musterfall für die Anwendung des Konzepts gewesen.

Warum diese Erinnerungen? Es muss schwierig sein, Frieden zu stiften, wenn eine Organisation mit den personellen und finanziellen Mitteln einer UNO nicht mehr erreicht, auch wenn es ohne sie um den Frieden noch einiges schlechter stünde. Entscheidend bleiben die Präferenzen der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates. Sie entscheiden nicht notwendigerweise im Interesse der Weltgemeinschaft. Und für diese Staaten steht der Frieden nicht zwingend zuoberst auf der Zielhierarchie. Die eigenen strategischen Ziele und Sicherheitsinteressen stehen darüber. Grund zur Resignation, nein! Grund, die tatsächlichen Verhältnisse ins Denken zu integrieren, ja! Grund auch, universellen Friedensprojekten gründlich zu misstrauen und geduldig kleine Friedensinseln zu bauen.

Die EU: erfolgreichstes Friedensprojekt des letzten Jahrhunderts

Auf einem Kontinent wurden in den letzten Jahrzehnten gemessen an seiner Vergangenheit unvorstellbare Fortschritte gemacht. Wir müssen unbedingt von der Europäischen Union sprechen. Ich war überrascht, als ich sie im Einführungstext dieser Veranstaltung nicht fand. Wäre es möglich, dass Menschen, die Frieden wichtig finden, das grösste und erfolgreichste Friedensprojekt des letzten Jahrhunderts ignorierten? Nein, ich halte es nicht für möglich. Für möglich halte ich, dass als Selbstverständlichkeit genommen wird, was im Kontinent der Kriege, Europa eben, alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist.

Wer sich für die Voraussetzungen des Friedens im grossen Massstab interessiert, verfolgt am besten die stufenweise Entstehung der Europäischen Union. Sie begann 1951 mit der Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl, die es zum Schmieden von Waffen braucht. An der Europäischen Union lässt sich auch studieren, welche Solidaritätsleistungen erbracht werden, um den Zusammenhalt nicht zu gefährden. Sie erinnern sich natürlich noch an den letzten Jahr beschlossenen Aufbaufonds in der Höhe von 750 Milliarden Euro, der vor allem den schwächeren Mitgliedstaaten helfen soll, die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen und das Land zu modernisieren. Man wagt es kaum, sich eine friedliche europäische Zukunft ohne die EU und ihre Solidaritätsmechanismen vorzustellen. Ich bin dankbar, dass sich meine diplomatische Laufbahn fast ganz

in der Gestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU abspielte. Es war auch eine Gelegenheit, dieses von Gründung und Durchführung her eindrucklichste Friedensprojekt gründlicher kennenzulernen.

Friedfertige und friedlose Regionen

Der Frieden ist ein unersetzliches und zerbrechliches Gut. Er bedarf ständiger Pflege. Wie friedenssicher war sich Europa in den Jahren vor 1914, und dann geschah das Unvorstellbare. Der Global Peace Index, mit dem wir bereits Bekanntheit gemacht haben, teilt beim Versuch, das Mass der Friedfertigkeit zu messen, die Welt in neun Regionen ein. Europa ist die friedfertigste, MENA (Nahost und Nordafrika) die friedloseste. MENA ist nicht besonders weit von Europa entfernt.

Das IKRK, eine der weltgrössten, wenn nicht die weltgrösste humanitäre Organisation im Krieg, ist auch eine Schule gegen die Resignation. Es versucht, menschliches Leben und menschliche Würde zu schützen und die unter den Folgen des Krieges Leidenden mit dem Notwendigsten zu versorgen. Mit der Verteidigung des humanitären Völkerrechts steht es gewissermassen im Dienste der zivilisatorischen Minima unter den erschwerten Bedingungen von Krieg und anderen Situationen der Gewalt.

Das IKRK ist keine friedenspolitische Organisation, das IKRK ist eine humanitäre Organisation. Mit der friedenspoliti-

Fortsetzung Seite 8

schen Dimension meine ich Tätigkeiten, die mitten im Krieg eine spätere Versöhnung erleichtern können. Ich denke an den Einsatz für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, an die Verteilung von Botschaften zwischen durch den Krieg getrennten Familienmitgliedern, an die Suche von im Krieg Vermissten, teils nach Jahrzehnten.

Den Frieden üben

Immanuel Kant schrieb schon im sechsten Primärartikel seines philosophischen Entwurfs zum *Ewigen Frieden*: «Es soll sich kein Staat im Krieg mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen unmöglich machen müssen: Als da sind Anstellung der Meuchelmörder (percussores), Giftmischer (venefici), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (perduellio) in dem bekriegten Staat etc.» Sein Anliegen ist in vielen Teilen der Welt ein blosses Anliegen geblieben.

Peter Sloterdijk hat in seinem Buch *Du musst dein Leben ändern* in grober Verkürzung die Feststellung gemacht, man sei, was man übe. Manche werden sich an solchen Zuspitzungen stossen, mich interessiert die Aussage mit Bezug auf unser Thema. Sie werden Ihr Übungsprogramm selbst zusammenstellen und haben es auch teilweise bereits getan. Und Sie fangen in der Nähe an, vielleicht mit Aussicht auf spätere Ausstrahlung. Achten Sie dabei nur auf zwei, drei Sachen:

Verständnis für den anderen

Nehmen Sie sich erstens Zeit, den anderen zu verstehen, sich in seine Lage zu versetzen. Verstehen heisst nicht, einverstanden zu sein, es heisst noch weniger, alles zu akzeptieren. Aber der ehrliche Versuch zu verstehen ist Zeichen der Achtung für den anderen, vor allem in den Wirren und Leidenschaften des Krieges. Vom Vater des kritischen Rationalismus, Karl Popper, stammt der Satz: «Der kritische Rationalismus geht davon aus, dass der andere Recht haben kann, und besteht darauf, die anderen und ihre Argumente ernst zu nehmen.» Im gleichen Zug schreibt er: «Man tötet keinen Menschen, wenn man sich gewohnt ist, zuerst seine Argumente anzuhören.» Dieser Satz, den er vermutlich eher in der Studierstube als in Kandahar, Damaskus oder Juba geschrieben hat, erschöpft zwar nicht meine Erfahrung

aus Kriegsgebieten, ist aber durch und durch beherzigenswert.

Pflegen Sie zweitens ihre eigene Konfliktsensibilität, teilen Sie diese mit anderen und verhelfen sie zu ihrer Verbreitung. Sie ahnen, was ein falsches Wort oder ein unglückliches Verhalten in einer angespannten Lage anrichten kann, vor allem im explosiven Umfeld einer Kriegssituation. Worte ernst nehmen, ihre Wirkung richtig ermessen, ist sozusagen der konfliktrelevante literarische Teil, den ich Ihnen mitgeben möchte.

Genug von Road Maps

Drittens: Sie sind vermutlich müde, sich universelle Friedenspläne und «Road Maps» anzuhören, die einer Gegend den Frieden bringen sollen. Es gibt seit 2003 die Road Map eines Quartetts, das eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu suchen vorgibt. Nichts von brauchbaren, politisch- und terraintüchtigen Vorschlägen bisher. Vielleicht ist das gar nicht die Absicht der TeilnehmerInnen. Es gibt seit 2015 eine vom UNO-Sicherheitsrat einstimmig angenommene Road Map, die zum Frieden in Syrien führen soll. Nicht einmal die erste Hürde, die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, wurde bisher genommen. Schlimmer: Die Delegation der Regierung und der Oppositionsparteien sind in Genf, sind sie denn überhaupt einmal dort, nicht einmal bereit, sich miteinander direkt, also ohne Vermittlung auszutauschen. Es werden Botschaften zwischen den getrennten Sitzungssälen hin und hergeschoben.

Die Stunde der NGO

Arbeiten sie beharrlich an begrenzten Friedensprojekten, deren Erweiterungspotenzial nicht im vornherein bekannt ist. Das ist auch die Stunde der Nichtregierungsorganisationen, die sich die Friedensförderung zum Ziel gesetzt haben, bald eigene Projekte durchführend, bald Teilaufträge von Staaten, der EU oder internationalen Organisationen ausführend. Ich denke an die Rolle, die das Centre pour le dialogue humanitaire in Libyen gespielt hat (die «Partie» ist nicht gewonnen) und spielt, ich denke an die Rolle, die Swisspeace in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Syrien spielt.

Ein Satz von Hans Magnus Enzensberger will mir bei medial aufgeblasenen umfassenden Friedensplänen und -verkündigungen nie aus dem Sinn: «Den Verheissungen des Universalismus hat die Ethik der Verantwortung nichts ent-

gegenzusetzen als ihre Brauchbarkeit und ihren Mangel an Selbsttäuschungen.» Und wenn wir schon bei seinen «Aus-sichten auf den Bürgerkrieg sind», noch dieser nützliche Rat: «Es ist an der Zeit, sich von moralischen Allmachtsphantasien zu verabschieden. Auf die Dauer kommt niemand darum herum, kein Gemeinwesen und auch kein Einzelner, die Abstufungen seiner Verantwortung zu prüfen und Prioritäten zu setzen.»

Frieden ist eine durch Übung erworbene Tugend

Der Gedanke, dass Friede etwas ist, das geübt werden muss, ist kein neuer Gedanke. Der Philosoph Spinoza, vielleicht unter dem Einfluss der Ende des 16. Jahrhunderts aufgekommenen Ireniker (Eirene, griechisch Frieden), verstand unter dem Frieden eine geübte Tugend. Peter Sloterdijk übersetzte in *Scheintod des Denkens* einen zentralen Satz vom Lateinischen ins Deutsche: «Der Frieden ist nicht die Abwesenheit des Krieges, sondern eine (durch Übung erworbene) Tugend, die der (durch Übung zu festigenden) Stärke der denkenden Seele entspringt.» Die Ireniker zeichneten sich durch ihre scharfe Kritik an den Religionskriegen aus, von denen es in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts viele gab. Den Ausbruch des schlimmsten aller Religionskriege, des Dreissigjährigen Krieges, konnten sie damit nicht verhindern.

Die Verbesserung der Friedensaus-sichten hat noch eine langfristige Voraussetzung. Albert Schweitzer hatte in seiner Kulturdefinition in *Kultur und Ethik* den Mut – aber wo zeigte er nicht Mut! –, nicht nur auf die geistigen, sondern auch auf die materiellen Voraussetzungen des Friedens aufmerksam zu machen: «Ganz allgemein gesagt ist Kultur Fortschritt, materieller und geistiger Fortschritt der Einzelnen wie der Kollektivitäten. Worin besteht er? Zunächst darin, dass für den Einzelnen und die Kollektivitäten der Kampf ums Dasein herabgesetzt wird. Die Schaffung möglichst gedeihlicher Lebensverhältnisse ist eine Forderung, die an sich und im Hinblick auf die geistige und sittliche Vollendung des Einzelnen, die das letzte Ziel der Kultur ist, aufgestellt werden muss.»

Die entwicklungspolitische Dimension

Die ganze friedenspolitische Dimension dieser Auffassung wird aus einem Vergleich der Karte mit den meisten Kriegen und der Karte mit dem Stand der menschlichen Entwicklung der einzel-

nen Staaten klar. Die grösste Konfliktdichte treffen wir in Ländern mit einem tiefen oder mittleren Index an, von denen viele in Afrika liegen: Äthiopien, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Mali, Südsudan, Somalia als Beispiele. Afghanistan mit seinem tiefen Index steht seit rund 40 Jahren praktisch ununterbrochen im Krieg und die Friedensaussichten sind nicht wirklich daran, sich zu verbessern.

Die am richtigen Ort ansetzende Entwicklungszusammenarbeit hat deshalb auch eine wichtige friedenspolitische Dimension. Der Erfolg ihrer Arbeit hängt aber entscheidend davon ab, dass in den Partnerländern Regierungen am Werk sind, die sich für ihre eigene Bevölkerung verantwortlich fühlen, ja sich überhaupt für sie interessieren. Diese Grundbedingung ist oft nicht erfüllt.

Widerstand gegen die Machtarroganz

Zum Schluss die Frage, wie friedensfördernde Nichtregierungsorganisationen dem Frieden dienen können. Ich nehme Aktionen von Swisspeace als Beispiel. Sie können auf gewissen Teilgebieten unangefochtene Kompetenzen erwerben. Sie können der Zivilgesellschaft in verworrenen, unübersichtlichen Kriegsverhältnissen die Fähigkeit vermitteln, die eigenen Anliegen deutlich zu identifizieren und für alle verständlich zu artikulieren. Sie können ihnen helfen, ihre Überlegungen in den politischen Prozess einfließen zu lassen. Sie können die Konfliktsensibilität von öffentlichen und privaten Akteuren erhöhen.

Sie können nicht-staatlichen Konfliktparteien helfen, mit der Vergangenheit umzugehen. Keine dieser Kompetenzen allein wird ausreichen, Frieden in Kriegs- und Gewaltsituationen herzustellen. Es sind Bausteine, die sich in grössere Architekturprojekte einfügen lassen, wenn die «ArchitektInnen» nur wollen. Swisspeace bietet im Rahmen der laufenden Ausbildungskurse und -programme Interessierten auch die Möglichkeit, die Anforderungen, die an Friedensförderer gestellt werden, besser zu kennen und zu meistern. Friedenspolitische Akteurinnen und Akteure, staatliche und nichtstaatliche, können noch besser zusammenarbeiten, um mehr Wirkung zu entfalten. Der Wille zur Macht mit all den Mitteln, über welche die Mächtigen verfügen, bedroht den Frieden überall, mehr in gewissen Gebieten als in anderen. Aber es wachsen auch die Widerstände gegen die Arroganz der Macht.

Die Kolumne von Marionna Schlatter

Der F-35-Kampffjet: ein Fehlentscheid

Damit hat fast niemand gerechnet: Dass der Bundesrat bei der Kampffjet-Beschaffung auf denjenigen Typ setzt, der im Abstimmungskampf letztes Jahr der umstrittenste war, den amerikanischen Lockheed Martin F-35.

Die Abstimmung über den Kredit für die Kampffjetbeschaffung vom September 2020 wurde durch ein Zufallsmehr von 50,1 Prozent entschieden. Hätte der Bundesrat der Bevölkerung nicht einen Blankocheck zur Abstimmung vorgelegt, sondern den F-35, hätte das Abstimmungsergebnis wohl anders ausgesehen. Nur gerade vier Prozent der Bevölkerung wollen den F-35 kaufen, das zeigte die von Tamedia durchgeführte Umfrage nach der Abstimmung.

Es gehört zur Tradition unserer direkten Demokratie, auch die Interessen grosser Minderheiten zu achten. Darüber setzt sich der Bundesrat hinweg. Nach einer intransparenten Beschaffungsevaluation hat das VBS den Bundesrat quasi der politischen Entscheidungskompetenz beraubt. Das ist absurd: Denn der Entscheid, mit wem man sich politisch und militärisch bindet, ist per se ein politischer Entscheid.

Die ExpertInnen des Bundes bewerten das Risiko eines kriegesischen Angriffs auf die Schweiz als sehr klein – und wenn, dann würde er eher mit neuen Angriffswaffen wie Drohnen erfolgen. Ausserdem sagen die Fachleute des Verteidigungsdepartements offen, dass in einem Ernstfall 36 Flugzeuge nicht reichen würden. Der Kauf der Kampffjets dient einzig der Abschreckung – und die Schweiz beteiligt sich an der bedenklichen und dreckigen Aufrüstungsspirale. Dabei werden heutige Konflikte mit wirtschaftlichen Sanktionen, Desinformation und Cyberangriffen ausgetragen. Dafür müssten wir uns wappnen, und deshalb mehr in Friedensförderung, die demokratischen Institutionen und in internationale Zusammenarbeit investieren.

Beim F-35 handelt es sich um einen Hightech-Kampffjet, spezialisiert auf den Kampfeinsatz als Angriffsflugzeug und nicht auf luftpolizeiliche Aufgaben, er eignet sich nicht für die Schweiz. Ein hochtechnologisierter Kampffjet bringt aber mehr Kosten in Wartung und Betrieb mit



sich. Zahlreiche Käuferländer berichten über Mängel und explodierende Betriebskosten. Just der Preis soll nun aber den Ausschlag gegeben haben für den Entscheid des Bundesrates. Die eigentliche Höhe der Betriebskosten aber, die bleibt offen, zumal unklar ist, wie verbindlich die Offerte ist und die Erfahrungen anderer Länder stutzig machen.

Das Hauptargument gegen den F-35 aber bleibt die grosse Abhängigkeit von der US-Rüstungsindustrie und schliesslich auch von der US-Armee. Es ist ein Entscheid zur Kooperation mit den USA, der weltweit grössten Militärmacht, die sicherheitspolitisch ganz andere Werte und Strategien vertritt als wir – beispielsweise durch illegitime Angriffskriege. Auf der Strecke bleibt dabei die Zusammenarbeit in Europa für Demokratie und Frieden. Eine Zusammenarbeit, auf die wir angewiesen sind und von der wir so viel profitieren. Gut, können wir diesen Entscheid mit der Volksinitiative gegen den F-35 korrigieren – unterzeichnen Sie jetzt unter www.stop-f35.ch!

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Friedensabkommen gefährdet

Die Schweiz begleitet die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der ehemaligen Guerilla FARC-EP und dem kolumbianischen Staat. Heute steht das Friedensabkommen kurz vor dem Scheitern. Der Schweiz stellen sich neue Herausforderungen.

/ Manuel Müller /

Fünf Jahre nach dem Friedensvertrag wurde nur ein Bruchteil der Ziele erreicht, und prominente ExponentInnen der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) griffen wieder zu den Waffen. Während sich ursprünglich knapp 13'000 KämpferInnen demobilisierten, verdoppelten die dissidenten und wiederbewaffneten Gruppen ihre Kräfte während des letzten Jahres gemäss Schätzungen auf ungefähr 5000 Mitglieder, Tendenz steigend.

Im August 2019 kündigte der ehemalige FARC-EP-Chef und Parlamentsabgeordnete der neu gegründeten Partei Comunes, Iván Márquez, zusammen mit rund zwanzig weiteren Parteikadern an, die Waffen wieder aufzunehmen. Überraschend war die Ankündigung nicht, denn die mangelhafte Umsetzung des Vertrags war offensichtlich. Vor allem die Punkte zur integralen Landreform und den illegalen Drogen hinken dem Zeitplan hinterher.

Schleppende Landrückgabe

Vor Kurzem kündigte die kolumbianische Regierung unter Iván Duque an, den Einsatz von Glyphosat im Kampf gegen den Kokainanbau wieder aufzunehmen. Die Verwendung des Herbizids wird sowohl von Umwelt- und Bauernverbänden wie auch von der UNO abgelehnt. Das Friedensabkommen sieht zwar eine freiwillige Substitution durch alternative Produkte vor, aber die versprochene finanzielle Hilfe dafür ist vielerorts nie eingetroffen. Die Bilanz bei der integralen Landreform ist ähnlich negativ, kritisiert wird unter anderem der fehlende soziale Dialog und die schleppende Landrückgabe.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der staatlichen Rechnungsprüfungskom-

mission kritisiert die unzureichenden Fortschritte der Umsetzung aller Punkte des Friedensvertrags. Seit der Unterschrift wurden nur 65 Prozent der dafür vorgesehenen finanziellen Ressourcen eingesetzt. Bei diesem Tempo wären die in Havanna getroffenen Vereinbarungen erst in 26 Jahren umgesetzt, also 2047.

Auch die Sicherheit der ehemaligen GuerillakämpferInnen ist nicht gewährleistet. Seit dem Zustandekommen des Friedensabkommens 2016 wurden fast 280 ehemalige Guerillaangehörige umgebracht. Ruiz Massieu, Missionschef der UNO in Kolumbien, bemängelt den unzureichenden Schutz: «Es gibt immer noch zu viele Bedrohungen und zu viele Tote. Solange die Sicherheit der Ex-Kombattanten nicht gewährleistet ist, sind auch andere Entwicklungen nicht relevant.»

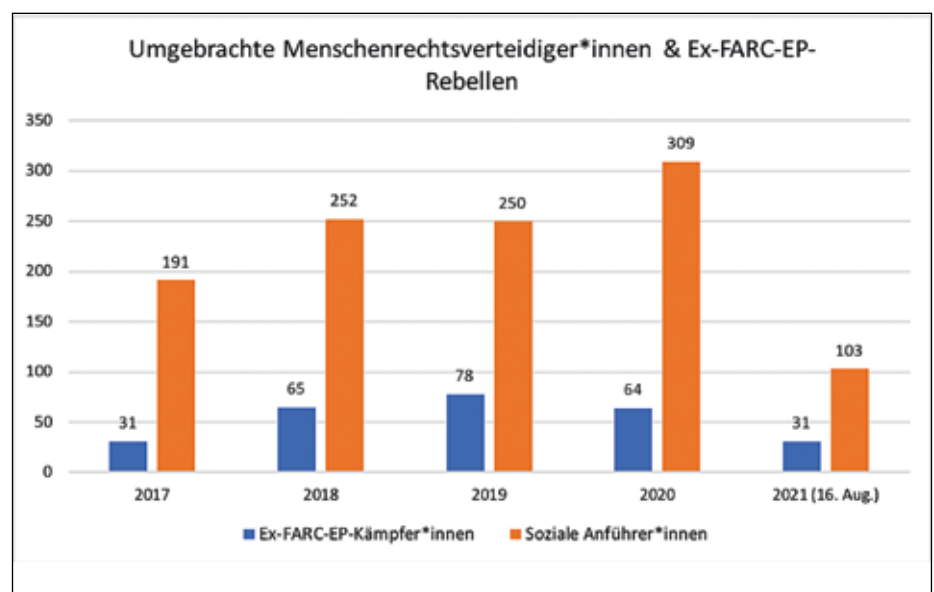
Komplexe Konfliktdynamik

Momentan werden so viele MenschenrechtsverteidigerInnen umgebracht wie seit Jahren nicht mehr. Das Jahr 2020 galt als das gefährlichste Jahr für MenschenrechtsaktivistInnen seit der Vertragsunterschrift. Die Situation scheint sich nicht zu verbessern, denn im laufenden

Jahr wurden schon 103 soziale AnführerInnen und 31 Ex-KämpferInnen der ehemaligen FARC-EP umgebracht. Dabei geht die Gefahr nicht nur von der Gruppe um Iván Márquez aus.

Auch andere bewaffnete Gruppen nutzen die Gunst der Stunde, um ihre territoriale und soziale Kontrolle auszuweiten. Die Guerilla ELN (Ejército de Liberación Nacional), dissidente Gruppen der FARC-EP und neoparamilitärische Gruppierungen füllen das Machtvakuum aus, das die ehemalige FARC-EP hinterlassen hat und der Staat nicht auszufüllen vermag.

Die ehemaligen GuerillakämpferInnen der FARC-EP haben es in diesem Kontext nicht einfach. Aufgrund ihrer Kriegserfahrung und fehlender Perspektiven sind sie oft Opfer von Zwangsrekrutierungen durch die illegalen Gruppen. Anstatt dass Frieden einkehrt, hat sich der Konflikt transformiert. Aus einem Ein- bis Zweifrontenkonflikt entstand eine unübersichtliche und sich ständig ändernde Dynamik von unterschiedlichsten Gruppierungen, die einen langfristigen und nachhaltigen Frieden verunmöglicht. Dadurch sind auch die Bedrohungen für Menschenrechts-



Seit dem Friedensvertrag haben die Gefechte zugenommen, sowohl zwischen staatlichen Sicherheitskräften und illegalen Gruppen als auch zwischen Letzteren. Dies hat mit der zunehmenden Unübersichtlichkeit des Konflikts und der Zunahme verschiedener bewaffneter Akteure zu tun.

(Grafik: PBI, Daten: Fundación Ideas para la Paz)



«Wir wollen nicht in Angst leben», Wandbild in einem kolumbianischen Dorf.

verteidigerInnen vielfältiger geworden, was deren Schutz erschwert.

Das drohende Scheitern des angestrebten Friedens hängt sicher auch zusammen mit dem ungenügenden Einbezug anderer wichtiger Akteure der kolumbianischen Gesellschaft in die Friedensverhandlungen wie die Opfer des bewaffneten Konflikts, Frauen, Jugendliche, Kinder, Indigene und Kleinbäuerinnen und -bauern. Zudem fehlt der aktuellen Regierung von Iván Duque

der politische Willen zur Umsetzung des Friedensabkommens.

Herausforderungen für die Schweiz

Trotz des schwierigen Panoramas hält die offizielle Schweiz am Friedensengagement in Kolumbien fest und unterstützt Präventivmassnahmen, mit dem Ziel, die Bevölkerung vor bewaffneter Gewalt zu schützen. Konkret fördert die Schweiz Projekte in den Bereichen politische Partizipation, Achtung der Men-

schenrechte, Vergangenheitsarbeit, Beseitigung von Antipersonen-Minen und humanitäre Hilfe. Zudem unterstützt sie die Rückgabe von Land an Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die aufgrund des Konflikts vertrieben wurden.

Die Situation der von diesen Themen betroffenen Menschen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Gewalt gegen AnführerInnen von sozialen Bewegungen hat zugenommen,

Fortsetzung Seite 12

Der kolumbianische Friedensvertrag von 2016

Am 24. November 2016, nach über vier Jahren Verhandlungen, wurde der endgültige Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-EP-Rebellen unterschrieben. Mit dem historischen Abkommen sollte dem über 50-jährigen Konflikt ein Ende gesetzt werden. Im Juni 2017 wurde die Entwaffnung der FARC-EP abgeschlossen. Im August 2017 entstand aus der ehemaligen Rebellengruppe die politische Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (FARC), heute in Comunes umbenannt.

Die fünf Hauptpunkte des Vertrags

✓ **Integrale Landreform:** Mit einer inte-

gralen Landreform soll der Landbesitz gerecht verteilt und die ländliche Entwicklung gefördert werden.

✓ **Politische Partizipation:** Der Staat garantiert die freie politische Beteiligung der ehemaligen Guerilla, indem sie während der ersten zwei Wahlperioden mindestens fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenversammlung erhält.

✓ **Endgültiger Waffenstillstand:** Die FARC-EP stellt alle militärischen Operationen definitiv ein und gibt die Waffen ab. Die ehemaligen FARC-EP-KämpferInnen werden während der ersten zwei Jahre finanziell unterstützt und von den staatlichen Sicherheitskräften geschützt.

✓ **Neue Drogenpolitik:** Anstatt Repression steht Prävention im Zentrum. Die Bäuerinnen und Bauern werden dabei unterstützt, Koka- und Marihuana-plantagen durch Plantagen mit legalen landwirtschaftlichen Produkten zu ersetzen.

✓ **Sonderjustiz und Entschädigung der Opfer:** Ein Sondertribunal soll die während dem Konflikt begangenen Verbrechen aufklären, für geständige TäterInnen gibt es eine signifikante Haftreduktion. Der Staat verstärkt die Suche nach Vermissten und entschädigt die Opfer.

bewaffnete Akteure setzen weiterhin auf Landminen (die Anzahl Opfer von Landminen hat sich seit 2019 verdoppelt), Menschenrechtsverletzungen sind allgegenwärtig, wie die aktuellen sozialen Proteste in Kolumbien mit knapp 90 Toten zeigen, und die Landrückgabe läuft nur schleppend.

Zudem gibt es seit 2016 eine erschreckende Zunahme an Massakern;^{*} die Anzahl Opfer hat sich auf 126 im letzten Jahr verdreifacht. Fälschlicherweise wurde angenommen, dass diese mit dem Friedensvertrag der Vergangenheit angehören würden. Auch die Vermittlung der Schweiz im Verhandlungsprozess zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerilla ELN ist momentan nicht von Erfolg gekrönt. Eine baldige Annäherung liegt in weiter Ferne, denn die kolumbianische Regierung fordert die Auslieferung der ELN-Delegation, die seit dem Abbruch der letzten Verhandlungen 2019 in Kuba fest sitzt.

^{*} Massaker: vorsätzliche und gleichzeitige Tötung von mindestens vier Personen, die durch das humanitäre Völkerrecht geschützt sind und sich in einem Zustand der Wehrlosigkeit befinden.



Zivilgesellschaft uneinig

Herausforderungen gibt es auch für die Zivilgesellschaft, die über die schleppende Umsetzung des Friedensabkommens zunehmend frustriert ist. Die aktuellen regierungskritischen Proteste fordern darum unter anderem auch konsequent dessen Umsetzung. Während einige kolumbianische Nichtregierungsorganisationen weiterhin am Abkommen festhalten, der

Übergangsgerechtigkeit Berichte zu Menschenrechtsverletzungen einreichen und die Wahrheitskommission in der Vergangenheitsarbeit unterstützen, haben andere resigniert und setzen ihre Ressourcen in eigenen unabhängigen Projekten ein. Die internationale Zivilgesellschaft steht zwar weiterhin hinter dem Friedensvertrag, ist jedoch zunehmend besorgt über dessen mangelnde Umsetzung.

Insbesondere für MenschenrechtsverteidigerInnen ist internationale Aufmerksamkeit von entscheidender Bedeutung, damit sie ihre Arbeit in Sicherheit weiterführen können. Daher ist es angesichts der zahlreichen Herausforderungen umso wichtiger, dass die Schweiz und die Zivilgesellschaft ihr Engagement in Kolumbien entschieden fortsetzen und so zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden in Kolumbien beitragen.

Manuel Müller aus Zürich ist Geograph und war als Freiwilliger von Peace Brigades International (PBI) von 2019 bis 2021 in Kolumbien im Einsatz, wo er bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen begleitete.
www.peacebrigades.ch

Kolumbien in der FRIEDENSZEITUNG

- «Kolumbien: Wie einen Bürgerkrieg beenden? Ausgabe 29-2019.
- «Endlich Friedenslösung für Kolumbien? Ausgabe 15-15.

Ist das Jahrzehnt der Friedensbewegung angebrochen?

Es ist kein Zufall, dass wir in dieser Ausgabe gleich zwei Reden von Friedensveranstaltungen abdrucken können, jene von Helena Nyberg an der traditionellen Nagasaki-Gedenkfeier am 9. August in Heiden und jene von Jakob Kellenberger einen Tag zuvor an der Eröffnung des vom Forum für Friedenskultur organisierten 1. Ilanzer Friedenssommers im dortigen Dominikanerinnenkloster.

In der «Friedensszene» ist einiges in Bewegung gekommen, nicht nur in Heiden und Ilanz. So kamen Anfang Juni an der vierten Schweizer Friedenskonferenz trotz Corona-Einschränkungen mehr Leute und Gruppierungen zusammen als bis anhin. Das Netzwerk zur Sicherheitsratskandidatur der Schweiz aus NGO und Wissenschaft hat mit der Einladung des EDA zum Dialog Mitte Juni quasi offizielle Anerkennung erhalten. Vor allem im Zusammenhang mit der Atomwaffenthematik gingen und gehen zahlreiche Aktivitäten vom Basel Peace Office aus – in dem Swisspeace eine Schlüsselrolle spielt. Und zum Stand der Umsetzung

der Ziele der Agenda 2030 hat das EDA zur Teilnahme an der Bestandesaufnahme 2018–2022 eingeladen, an dem sich Friedensgruppen aktiv beteiligen.

Auch wenn im letzten September die Vorlage für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge äusserst knapp – mit weniger als 9000 Stimmen Unterschied – angenommen wurde, die Aussichten für das Referendum gegen den US-amerikanischen F-35 stehen gut; zu umstritten ist die Typenwahl, wie Marionna Schlatter in ihrer Kolumne darlegt.

Bereits seit einem Vierteljahrhundert kann in der Schweiz Zivildienst geleistet werden – oder müssen wir im internationalen Vergleich eher sagen: erst seit 25 Jahren? Am 1. Oktober wird es dazu eine Jubiläumsveranstaltung in Zürich geben. Die Detailangaben werden in Kürze auf der Website von Civiva – www.zivildienst.ch – veröffentlicht werden.

Noch zu diskutieren geben wird auch der sicherheitspolitische Bericht, zu dem die Vernehmlassungsfrist kürzlich abgelaufen ist: Die SFR-Vernehmlassung, die

von weiteren Organisationen unterstützt wird, präsentiert einen grundsätzlichen Alternativvorschlag zur aktuellen Sicherheits- und Militärpolitik; wir stellen die Stellungnahme in diesem Heft kurz vor.

Das aus Süddeutschland stammende Konzept «Sicherheit neu denken», das wir im letzten Dezember in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 35 vorgestellt haben, löst auch in der Schweiz Grundsatzdiskussionen aus. Am 19. November werden wir die Jubiläumsveranstaltung zum 75-Jahr-Jubiläum des Friedensrates, die wir letztes Jahr verschieben mussten, ebenfalls zu diesem Thema gestalten und damit einen Beitrag zum Aufschwung der Friedensbewegung in der Schweiz leisten – der umso nötiger ist, als die internationale Entwicklung – nicht nur in Afghanistan! – alles andere als friedlich ist. Möglichkeiten über den Frieden zu diskutieren und sich für ihn zu engagieren gibt es in absehbarer Zeit also eine ganze Reihe!

Ruedi Tobler

Ruag und Mowag in Brasiliens Favelas

Bei Polizeieinsätzen in Brasilien werden Waffen aus Deutschland und der Schweiz eingesetzt. Dabei kommt es häufig zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen an Kindern und Jugendlichen. Eine Studie von *terre des hommes* geht sieben exemplarischen Fällen von tödlicher Waffengewalt auf den Grund und deckt gravierende Mängel bei der Kontrolle von staatlichen Waffenbeständen in Brasilien auf.

/ Ralf Willinger und Andrea Zellhuber /

Die Polizeigewalt in Brasilien hat dramatische Ausmasse angenommen. Das belegt eine Studie von *terre des hommes* schweiz und *terre des hommes* Deutschland. Die Studie ist in Zusammenarbeit mit dem Instituto Sou da Paz in Brasilien erarbeitet worden und enthält Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik. Viele der Opfer sind Kinder und Jugendliche aus Favelas, städtischen Armenvierteln. Die Studie mit dem Titel «Hört auf uns zu töten!» belegt anhand von sieben Fallbeispielen und der Auswertung von zum Teil unveröffentlichten Daten: Die Pistolen, Gewehre, Panzerfahrzeuge und Hubschrauber, die bei Polizei- und Militäraktionen in Brasilien eingesetzt werden, stammen oft aus deutscher oder Schweizer Herstellung.

Polizeigewalt in den Favelas

Die Anzahl Todesopfer bei Waffengewalt durch Sicherheitskräfte in Brasilien nimmt seit 2013 kontinuierlich zu. Ein Viertel der 2019 getöteten Menschen war unter 19 Jahre alt. Jeden Tag sterben in Brasilien vier Kinder und Jugendliche durch die Polizei, die meisten sind männlich, schwarz und arm. «Hört auf, uns zu töten!» steht auf dem Schild, das ein 10-jähriger Junge bei einer Demonstration gegen Polizeigewalt in Salvador de Bahia hochhält. «Stoppt die Ermordung der schwarzen Jugend» auf einem anderen, das zwei junge Frauen tragen.

Nicht erst seit dem Massaker bei einem Polizeieinsatz im Viertel Jacarezinho in Rio de Janeiro im Mai 2021 mit 29 Toten ist bekannt: Die exzessive Gewalt von Polizei und Militär hat in Brasilien



Der brutale «Krieg gegen die Drogen» gefährdet die Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche – Polizeieinsatz in Rio de Janeiro.

dramatische Ausmasse angenommen, mit einem starken Anstieg seit dem Amtsantritt von Präsident Bolsonaro. 2019 starben dadurch 6375 Menschen – mehr als in jedem anderen Land.

Tief verankerter Rassismus

Im Kreuzfeuer der institutionellen Gewalt sind Menschen in Favelas und städtischen Randgebieten, insbesonde-

re Kinder, Jugendliche und junge Menschen: 74 Prozent der Opfer sind jünger als 29 Jahre, 24 Prozent sogar jünger als 19 Jahre. 99 Prozent der Opfer sind männlichen Geschlechts, 79 Prozent sind Schwarze. Diese Zahlen werfen ein Schlaglicht auf tief verankerte soziale Ungleichheit und strukturellen Rassismus. In Rio de Janeiro wurde 2019 fast jeder dritte gewaltsame Todesfall durch die Polizei verursacht, in São Paulo jeder fünfte. In manchen Randvierteln São Paulos ist die Polizei für fast die Hälfte aller gewaltsamen Todesfälle verantwortlich. Strafverfolgung von gewalttätigen Polizisten und Militärs findet in Brasilien kaum statt, es herrscht fast komplette Straflosigkeit.

Wie die *terre des hommes*-Studie dokumentiert, geht die Polizei gegen Kinder und Jugendliche oft besonders brutal vor, Jungen und junge Männer aus armen Verhältnissen stehen unter Generalverdacht. Statt Minderjährige besonders zu schützen, wie es gemäss der UNO-Kinderrechtskonvention sein sollte, werden sie beispielsweise bei Verhaftungen fast doppelt so oft getötet wie Erwachsene. Im sogenannten Krieg gegen die Drogen dringen Polizei und



Fortsetzung Seite 14

Militär rücksichtslos mit Kriegswaffen, Panzerwagen und Hubschraubern in Wohnviertel ein – viele davon aus Schweizer Produktion, etwa die Mowag-Radschützenpanzer.

Krieg gegen die eigene Bevölkerung

Die Fallbeispiele der Studie dokumentieren den Einsatz von Gewehren und Maschinenpistolen bei schwersten Menschenrechtsverletzungen, oft begangen von Polizei oder Militär. Aus Airbus-Hubschraubern heraus erschießt die Polizei in Rio de Janeiro Menschen, Wohnhäuser werden mit Kugeln durchsiebt, Schulen, Kindergärten und Gesundheitszentren müssen wochenlang schliessen. Die Kinder fühlen sich nirgends mehr sicher, sind traumatisiert und berichten darüber in erschütternden Bildern und Briefen an die Justiz von Rio de Janeiro. Denn der «Krieg gegen die Drogen» ist in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern vor allem ein brutaler Krieg gegen die eigene arme Bevölkerung.

Die Schweiz lieferte im letzten Jahr Kriegsmaterial im Wert von über 30 Millionen Franken nach Brasilien. Damit rangiert Brasilien auf Platz 8 der Empfängerländer von Schweizer Rüstungsexporten. Das heisst: Waffenexporte trotz Menschenrechtsverletzungen. Diese Exporte sind ein eklatantes Beispiel, dass die Menschenrechtsslage bei der Bewilligungspraxis nicht berücksichtigt wird.

Die Mowag in Kreuzlingen

Die Mowag (Motorwagen-Fabrik) hat ihre Wurzeln im Karosseriebauunternehmen Seitz, das Aufbauten für Personenwagen vornehmlich deutscher



Panzerfahrzeuge «Piranha» der Mowag bei einem Polizeieinsatz in einem Wohnviertel in Rio de Janeiro.

Herkunft, Nutzfahrzeuge und Busse herstellte. 1947 ging daraus die Mowag AG hervor. Die Mowag hatte in der Anfangszeit bis Ende der 1960er-Jahre neben den Militärfahrzeugen auch zivile Lkw im Angebot. Eine vollständige Spezialisierung auf gepanzerte Spezialfahrzeuge für den militärischen Gebrauch vollzog das Unternehmen jedoch erst in den letzten Jahren. 2003 wurde die Mowag Teil der General Dynamics European Land Systems und gehört damit zu einem der weltweit grössten Rüstungskonzerne.

Das Hauptprodukt heute ist der Mowag Piranha, ein amphibischer Radschützenpanzer. Neben dem Piranha, von dem weltweit 10'000 Exemplare im Einsatz sind, werden auch andere gepanzerte Fahrzeuge produziert, so der auf dem US-amerikanischen Hummer basierende Mowag Eagle und der Duro,

der aus dem 2003 übernommenen Geschäftsbereich Geländetransportfahrzeuge von Bucher Industries stammt.

Aktivitäten in Brasilien und Chile

Die brasilianische Marine erklärte auf Anfrage, dass sie im Jahr 2007 30 Piranhas im Wert von 72 Millionen US-Dollar gekauft hat. Sie seien für die UNO-Friedenseinsätze unter brasilianischer Leitung in Haiti vorgesehen gewesen. Diese Fahrzeuge wurden allerdings auch bei militärischen Sondereinsätzen zur «Wahrung von Recht und Ordnung» in Rio de Janeiro eingesetzt.

– 20.10.2019: Einsatz von Piranhas bei der Unterdrückung von Protesten in Santiago de Chile.

– 2018: Verschwundene Piranhas. Seit 2012 führt das Seco Kontrollen zu den exportierten Rüstungsgütern durch, die sogenannten Post Shipment Verifications. Die Kontrollen in den kritischen Ländern zeigen allerdings nur mässigen Erfolg, wie ein ungeschwärtzter Seco-Bericht dokumentiert. So konnten beispielsweise 2014 in Brasilien nur 11 von 26 Piranha-Panzern verifiziert werden.

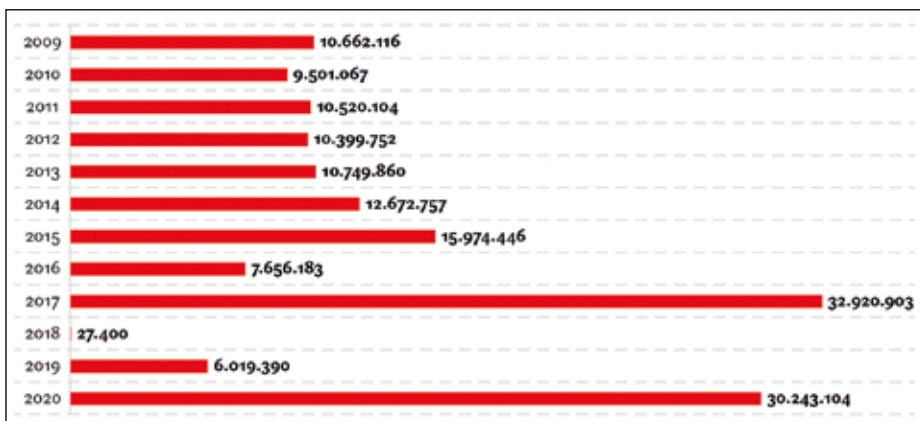
– 2014/2017: Einsatz von Piranhas in den Favelas vor der FIFA-WM 2014 sowie bei der Militärintervention in der Favela Rocinha in Rio de Janeiro 2017.

– 2010 Einsatz von 4 Piranhas bei Razzien in den Favelas Vila Cruzeiro und Complexo do Alemão von Rio de Janeiro im Jahr 2010.

Die Ruag Ammotec

Europäischer Marktführer im Bereich

Schweizer Rüstungsexporte nach Brasilien (in CHF)



für Kleinkalibermunition ist die Ruag Ammotec. Produziert wird Munition für Pistolen und Maschinenpistolen wie auch Infanteriemunition. Neben der deutschen Bundeswehr, der Schweizer Armee und den Streitkräften verschiedener Nato-Mitglieder zählen auch Polizeibehörden in verschiedenen Ländern zu den Kunden von Ruag Ammotec.

Mit den Marken RWS (Büchsenpatronen und Luftgewehrmunition), Rottweil (Schrot), Norma Precision (Büchsenpatronen) und Geco (Büchsen- und Handfeuerwaffenpatronen) sind sämtliche Anwendungsbereiche von Schrot-, Büchsen-, Rand- und Zentralfeuerpatronen abgedeckt. Das Unternehmen fertigt eine breite Palette von Produkten, die in Erzeugnisse anderer Hersteller eingehen, dazu gehören Anzündelemente für Mittel- und Grosskalibermunition und pyrotechnische Mischungen. Neben der Fertigung von Munition bis zum Kaliber 12,7 mm werden auch Defensiv-, Offensiv- und Übungshandgranaten produziert. Weitere Produkte sind die Schweizer Ordonnanzpatronen GP 11 und 5,6 mm Gw Pat 90 (Serienmunition im Nato-Kaliber 5,56 mm, angepasst an das Schweizer Sturmgewehr 90) sowie die Scharfschützenlinie «Swiss P».

Geschäfte mit Brasilien

2017 kündigte Ruag Ammotec den Bau eines Werks zur Herstellung von Kleinkalibermunition in Brasilien an. Dies wurde jedoch im September 2018 durch das Schweizer Parlament verhindert. Das Reputationsrisiko für die Schweiz wurde zu hoch eingeschätzt. Mit der beschlossenen Ruag-Teilprivatisierung entfällt diese direkte parlamentarische Einflussnahme. Die Pläne für eine Expansion nach Brasilien können unter Umständen nach Abschluss des Verkaufs wieder aufgenommen werden. Hartnäckig lobbyierte der Konzern in Brasilien für die Auflösung des staatlichen Monopols im Munitionsmarkt, um dort expandieren zu können. Im Jahr 2019 wurde der für das Munitionsgeschäft in Lateinamerika verantwortliche Manager wegen eines Lobs für Präsident Jair Bolsonaro in die Schweiz zurückgerufen und zurückgestuft.

www.terredeshommesschweiz.ch/kriegsmaterial-ausfuhr-nach-brasilien-inakzeptabel/

Aussichten

*Die entschlossenen Anhänger der Ordnung,
mehr braucht es nicht,
um die Welt in Trümmer zu stürzen.
Nur einige alte Anarchisten
suchen mit zitternden Köpfen
unter den Ruinen nach ein paar Steinen,
die zueinander passen.*

György Dalos, Meine Lage in der Lage, 1979

Die Welt – das entnehmen wir den täglichen Nachrichten über die Folgen des Klimawandels – stürzt in Trümmer. Es ist kein Sturz, wie ihn ein Atomkrieg auslösen kann, der György Dalos vor Augen gestanden haben mag, als er sein Gedicht im Jahr 1979 schrieb. Der vom Klimawandel verursachte Sturz verläuft langsam, nimmt unterschiedlichste Formen an. Sieht hier so, dort anders aus. Doch in der Summe sind seine Wirkungen nicht weniger dramatisch als die eines Atomkrieges. In beiden Fällen geht es um das Überleben der Menschheit auf dem Planeten Erde.

Es sind Anhänger der Ordnung, die – so Dalos – die Welt in Trümmer stürzen. Sie sind entschlossen und beschliessen etwa darüber, mit welchen Massnahmen und in welchem Tempo der Ausstoss an CO₂- und anderen Treibhausgasen vermindert wird. Mit Ordnung meint er eine Art und Weise des Produzierens und Konsumierens, die wir heute als selbstverständlich, als normal betrachten. Es ist selbstverständlich, dass wir im globalen Norden mehr Ressourcen verbrauchen als die Erde Jahr für Jahr hervorzubringen vermag. Es bleibt unhinterfragt, dass wir mit dem Auto zur Arbeit fahren. Es ist normal, dass wir für die Ferien eine Flugreise buchen. Es ist kaum Thema, dass wir uns mehr aneignen, als dass uns unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit zustehen würde.

Anhänger dieser Ordnung sind ganz bestimmt diejenigen, die von ihr profitieren, weil sie die Aktienkurse und Gewinnaussichten steigert. Anhängerinnen dieser Ordnung sind auch die Politikerinnen, welche die Wirtschaftskapitäne gewähren lassen. Dieser Ordnung hängen aber auch all diejenigen Frauen und Männer an, die das Normale und Selbstverständliche nicht zu durchschauen und zu hinterfragen wagen.

Sie ziehen das Bekannte dem Neuen, das Bequeme dem Anstrengenden, das Schnäppchen dem Verzicht vor. So haben nicht allein die Profiteurinnen und Politiker, sondern auch eine Mehrheit der Urnengängerinnen und -gänger am 13. Juni 2021 gegen das CO₂-Gesetz gestimmt.

Im Gedicht macht György Dalos einige alte Anarchistinnen aus. Solche neigen traditionellerweise dazu, die bestehende Ordnung umzukrempeln und nach gewaltlosen, von Macht und Herrschaft freien Formen des Zusammenlebens und der Politik zu suchen. Im Gedicht durchstreifen sie mit zitternden Köpfen die Ruinen, die der Einsturz hinterlassen hat. Ob ihre Köpfe zittern, weil sie alt sind? Oder ist es der Schock darüber, dass die Katastrophe eingetreten ist, der sie erzittern lässt? Ich weiss es nicht.

Sie suchen in den Trümmern nach Steinen, deren es in Ruinen ja haufenweise gibt. Sie schauen, graben mit Händen, prüfen und tragen zusammen, was sie finden. Es sollen Steine sein, die zueinander passen. Es geht wohl darum, Neues entstehen zu lassen: Auf den Ruinen und aus den Trümmern eine neue Ordnung zu bauen – eine Ordnung, die es gut mit den Menschen und mit der Erde meint.

Andreas Jost spielte am 10. August 2021 auf der Orgel des Berner Münsters Max Regers Fantasie und Fuge in d-moll. Ein Crescendo liess uns den Einsturz ahnen. Doch mit leisen Tönen traten alte Anarchisten auf, kamen näher, wurden suchend ihrer mehr und schufen schliesslich Neues. Ihr Werk gelang nicht auf Anhieb. Zu sehr klang dieses noch an das Alte an, aus dessen Trümmern es entstanden war. Erst beim zweiten Versuch gewann in Josts Interpretation das Neue endlich die Oberhand.

Ruedi Eppler

Warum der Zivildienst das Dienstpflichtsystem

Der Bundesrat beauftragte am 28. Juni 2017 das Militärdepartement, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsdepartement bis Ende 2020 die personelle Alimentierung von Armee und Zivildienst zu analysieren. Der erste Teil des am 30. Juni 2021 veröffentlichten Berichts untersucht die Bestände von Armee sowie Zivildienst und zeigt mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Alimentierung der Zivildienstbestände auf. Nach der Armee möchte nun auch der Zivildienst vom Zivildienst getrennt werden. Die vorliegende Analyse konzentriert sich deshalb auf die Bestände des Zivildienstes und die vorgeschlagenen Massnahmen, die den Zivildienst betreffen.

/ Nicola Goepfert /

Im Juni 2020 hat das Parlament in der Schlussabstimmung eine Gesetzesvorlage abgelehnt, die den Zugang zum Zivildienst massiv eingeschränkt hätte. Die Begründung dafür waren angebliche Alimentierungsprobleme bei der Armee. Nun kommt der Bericht des VBS selber zum Schluss, dass zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund der Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee (bis 2023) keine verlässlichen Prognosen zu den Beständen der Armee getroffen werden können.

Und: «Bis Ende dieses Jahrzehnts wird die Armee über einen ausreichenden Effektivbestand verfügen; im Fall eines Einsatzes können also genügend Armeeangehörige einrücken. Der Bundesrat ist (...) der Ansicht, dass jetzt der falsche Zeitpunkt für weitergehende Massnahmen wäre.» Trotzdem soll das VBS bereits bis Ende 2021 einen zweiten Teil des Berichts vorlegen, der Varianten aufzeigt, wie das Dienstpflichtsystem langfristig angepasst werden könnte.

Markanter Rückgang der Zulassungen zum Zivildienst

Der Bundesrat verschweigt im Bericht den markanten Rückgang der Zulassungen zum Zivildienst in den vergangenen Jahren. Von 2017 (6785 Zulassungen) bis 2020 (5254) sind die Zulassungen um mehr als einen Fünftel zurückgegan-

gen und liegen 2020 tiefer als noch 2013 (5423). Auch die Zulassungen zum Zivildienst nach bestandener Rekrutenschule sind von 44,8 Prozent (2340 Zulassungen) aller Zulassungen zum Zivildienst im Jahr 2013 auf 30,4 Prozent (1597) im Jahr 2020 zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang von 34 Prozent der Zulassungen nach bestandener RS.

Im Bericht wird sowohl bei der Armee als auch beim Zivildienst der Grund für die potenziell zu tiefen Bestände bei den internen Strukturänderungen und Gesetzesrevisionen verortet. Trotzdem sollen die im gesetzlichen Rahmen möglichen Massnahmen nicht ergriffen werden. Der Bundesrat schlägt stattdessen vor, die Dienstformen zu vermischen und Zivildienstleistende zu Zivildienstleistungen zu zwingen.

Differenzierte Tauglichkeit

Bereits auf Seite 3 des Berichts steht: «Im Gegensatz zur Armee ist der Zivildienst bereits jetzt nicht mehr genügend alimentiert, dies als Folge tiefer Rekrutierungszahlen. Grund dafür sind die Einführung der differenzierten Tauglichkeit für die Armee und die Reduktion der Einteilungsdauer für den Zivildienst von 20 auf 14 Jahre.» Hinzu kommen der flexible RS-Start und weitere Massnahmen bei der Armee, die zu weniger Abgängen bei der Armee hin zum Zivildienst geführt haben.

«Wenn man nur die tauglichen Leistungspflichtigen (Militärdienst und Schutzdienst) betrachtet, erhöhte sich der Anteil der Militärdiensttauglichen von 80,6 auf 86,8 Prozent, jener der Schutzdiensttauglichen reduzierte sich dagegen von 19,4 auf 13,2 Prozent. Die Ursache liegt wahrscheinlich darin, dass die Armee seit 2015 die Tauglichkeitskriterien angepasst hat», steht im Bericht. Die Zunahme der Tauglichkeit bei der Armee wirkt sich also direkt und stark auf die Bestände des Zivildienstes aus.

Reduktion der Einteilungsdauer und Abschaffung der Personalreserve

Mit der jüngsten Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes wurde beschlossen, die Dienstpflichtdauer im Zivildienst zu senken und die Personal-

reserve abzuschaffen. Weil die Reduktion von 20 auf 12 Einteilungsjahre eine massive Reduktion der Bestände per 1. Januar 2021 zur Folge gehabt hätte, «legte der Bundesrat am 11. November 2020 (...) in Anwendung der gesetzlichen Möglichkeiten die Schutzdienstpflicht gesamtschweizerisch auf 14 Jahre fest». Der Zivildienst hat also die Einteilungsdauer um sechs Jahre reduziert und erreicht nun die angestrebte Rekrutierungszahl nicht mehr.

Anstelle der Personalreserve trat ein interkantonaler Personalpool, mit dem die Zuweisung von Schutzdienstpflichtigen und der Ausgleich von Über- und Unterbeständen zwischen den Kantonen erleichtert werden soll. «Da ein Angehöriger des Zivildienstes grundsätzlich dort seinen Dienst leistet, wo er seinen Wohnsitz hat, haben bevölkerungsreichere Regionen oder Städte mit einem hohen Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in der Regel eher Überbestände als Regionen mit schwächeren wirtschaftlichen Strukturen. (...) In der Praxis haben die Kantone die Möglichkeit nur zum Teil genutzt, kantonale Über- und Unterbestände dadurch auszugleichen, dass sie Zivildienstangehörige ausserhalb ihres Wohnsitzkantons einteilen. Die Nutzung dieser Möglichkeit ist von Kanton zu Kanton verschieden.»

Der Bericht hält fest, dass «der Rückgang 2018 und 2019 teilweise eine Folge davon ist, dass der Zeitpunkt der Rekrutierung und der Absolvierung der Rekrutenschule ab 2018 flexibel gewählt werden kann und 2018 und 2019 weniger Personen die Rekrutierung absolvierten.» (...) «Zudem werden die Rekruten langsamer an das militärische Umfeld herangeführt (progressive Leistungssteigerung), was zu weniger Ausfällen führt. Als Folge gibt es weniger Übertritte aus der Armee in den Zivildienst.»

Fragen und Kritik

Die Notwendigkeit eines Zivildienst-Sollbestandes von 72'000 ist nicht nachvollziehbar. Die Rekrutierungsprognosen des Berichts sind nicht nachvollziehbar. Sie gehen von nur 3000 Rekrutierungen pro Jahr aus, obwohl auf der gleichen Sei-

System nicht retten kann

te des Berichts steht, dass die Vergleichbarkeit der Zahlen nur bis 2017 gegeben sei. 2017 wurden jedoch 3880 Männer rekrutiert. Folglich sind die Prognosen viel zu pessimistisch. Der Bericht nennt die zuvor beschriebenen Faktoren als Hauptursachen für die zu tiefe Alimentierung der Zivildienstbestände. Es fehlen jedoch konkrete Zahlen zu den jeweiligen Auswirkungen und eine Überprüfung, wie diesen innerhalb der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten entgegengewirkt werden könnte.

Die zuvor beschriebenen Faktoren, insbesondere die Flexibilisierung der Rekrutierung der Armee als auch die demographische Entwicklung, wurden nicht in die Prognose einbezogen. Alle Ursachen des Problems liegen bei der Armee und beim Zivildienst. Damit fehlt grundsätzlich die Basis zur Refertigung einer Lösung des (vermeintlichen) Problems auf Kosten des Zivildienstes. Die Lösung des Problems muss vielmehr bei den Ursachen ansetzen.

Postulierte Annäherung des Zivildienstes an den Zivildienst

Obwohl die genannten Gründe für die Bestandesprobleme beim Zivildienst nichts mit dem Zivildienst zu tun haben und die im gesetzlichen Rahmen möglichen Massnahmen nicht ergriffen werden, soll «die Alimentierung des Zivildienstes (...) unter anderem mit

einer Annäherung des Zivildienstes an den Zivildienst sichergestellt werden. Konkret sollen Zivildienstpflichtige in Kantonen, in denen der Zivildienst dauerhaft unteralimentiert ist, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht im Zivildienst absolvieren.» Der Bericht präsentiert insgesamt neun kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der Alimentierung der Zivildienstbestände (siehe Kasten unten).

Lediglich zwei Massnahmen setzen beim Zivildienst selbst an. Während in Massnahme B mit einer weitestmöglichen Aufgabe des Wohnsitzprinzips die kantonalen Bestandesunterschiede reduziert werden könnten, zielt die Massnahme C mit der Anpassung der Anforderungen für die Schutzdiensttauglichkeit auf grössere Rekrutierungszahlen ab. Diese Massnahmen sind zu begrüssen und sollen gemäss Bericht überprüft werden.

Fragen über Fragen

Es gibt jedoch weitere mögliche Massnahmen, die der Bericht nicht erörtert. Mit der Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes wurde mit der Reduktion der Einteilungsdauer das Alimentierungsproblem im Zivildienst drastisch verschärft. Es soll in Erwägung gezogen werden, die gemachten Fehler mit einer Anpassung der Dauer der Schutzdienstpflicht zu korrigieren. Weiter wird ge-

mäss Alimentierungsbericht nur ein Teil des Personalpools zum Ist-Bestand gezählt, nämlich der Teil mit mindestens sechs Jahren verbleibender Dienstpflicht. Von 3400 Zivildienstangehörigen im Personalpool mit mindestens sechs Jahren verbleibender Dienstpflicht sind lediglich 500 ausgebildet. Laut Bericht würden die Kantone mit Unterbeständen die Möglichkeit des Personalpools nicht ausschöpfen und der Bundesrat habe keine rechtliche Möglichkeit, die Kantone dazu zu veranlassen.

Die Massnahmen B und C sollen nicht nur geprüft, sondern umgesetzt und ausgewertet werden, bevor der Zivildienst angegriffen wird. Wie viele Zivildienstangehörige mit weniger als sechs Jahren verbleibender Dienstpflicht befinden sich im Personalpool? Wie wird der Personalpool alimentiert? Wie viele Schutzdienstpflichtige jährlich werden nicht eingeteilt und im Personalpool erfasst? Warum werden diese weiteren Massnahmen innerhalb des Zivildienstes nicht in Erwägung gezogen? Der Zivildienst hat zu gewährleisten, dass alle Zivildienstangehörigen aus dem Personalpool in einem Kanton mit Bestandeslücken eingeteilt, ausgebildet und zum Ist-Bestand gezählt werden. Wenn der Bund keine rechtlichen Mittel hat, dies durchzusetzen, dann soll er zumindest davon absehen, den Kantonen ein (vermeintliches) Problem, das sie selber gar nicht lösen wollen, mit dem zivilen Mittel des Bundes, dem Zivildienst, zu lösen.

Massnahmen unter Einbezug des Zivildienstes

Eine Mehrheit der Massnahmen möchte die Alimentierung der Zivildienstbestände mit Einschränkungen und neuen Verpflichtungen beim Zivildienst verbessern. Sämtliche Massnahmen im Zusammenhang mit dem Zivildienst sind abzulehnen, erst recht, solange nicht alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Die Massnahme A möchte ein obligatorisches Ausbildungsmodul für Zivildienstleistende. Die Massnahme D sieht eine Verpflichtung von Zivildienstpflichtigen mit militärischer Kaderaus- bildung für Einsätze als Gruppenführer bei Katastrophen und Notlagen vor. Die Massnahme E fordert eine Verkürzung der Aufgebotsfristen für Zivildienstpflichtige, damit sie bei Katastrophen und Notlagen rascher mit dem Zivildienst zum Einsatz gelangen.

Fortsetzung Seite 18

Mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Zivildienstbestände (Bericht «Alimentierung von Armee und Zivildienst»)

Kurzfristige Massnahme

A Obligatorisches Ausbildungsmodul für Zivildienstpflichtige.

Mittelfristige Massnahmen

B Weitestmögliche Aufgabe des Wohnsitzprinzips.

C Anpassung der Anforderungen für die Schutzdiensttauglichkeit.

D Verpflichtung von Zivildienstpflichtigen mit militärischer Kaderaus- bildung für Einsätze als Gruppenführer bei Katastrophen und Notlagen.

E Verkürzung der Aufgebotsfristen für Zivildienstpflichtige.

F Ausweitung der Schutzdienstpflicht auf Militärdiensttaugliche, die aus der Armee entlassen werden.

G Militärdienstpflichtige, die nach absolvierter Rekrutenschule für den Militärdienst untauglich werden, müssen in der Folge Schutzdienst leisten.

H Freiwilliger Schutzdienst durch Zivildienstpflichtige mit Einteilung in den Zivildienst.

I Zivildienstorganisationen als Einsatzbetriebe des Zivildienstes.

Die Massnahme H erwägt freiwillige Einsätze von Zivildienstpflichtigen in Zivilschutzorganisationen. Die Massnahme I möchte Zivildienstpflichtige dazu verpflichten, einen Teil ihrer Zivildienstpflicht in einer Zivilschutzorganisation mit dauerndem Unterbestand zu absolvieren. Obwohl die Massnahme H mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen umgesetzt werden könnte, soll laut Bericht auf die Massnahme H verzichtet werden, weil sie mit Massnahme I obsolet wird. Der Fokus wird auf die Massnahme I gelegt, welche den stärksten Einfluss auf den Zivildienst nimmt. Neben dem Zwang für Zivildienstleistende, einen Teil ihrer Zivildiensttage im Zivilschutz zu absolvieren, könnten sie zudem gezwungen werden, im Zivilschutz eine Zusatz- oder Kaderausbildung zu leisten.

Schrittweise Übernahme des Zivildienstes durch den Zivilschutz

Diese Massnahme zielt auf eine schrittweise Übernahme des Zivildienstes durch den Zivilschutz ab. Das ist aus folgenden Gründen inakzeptabel:

1. Der Zivilschutz ist ein Mittel der Kantone. Der Zivildienst hingegen ist das grösste – und nebst dem Grenzwachtkorps – das einzige zivile Mittel des Bundes und soll es auch bleiben.

2. Der Zivildienst hat zum Zweck, zivile Dienstleistungen zu erbringen, «wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen» (Artikel 2 Abs. 1 des Zivildienstgesetzes). Die Massnahme I ginge somit auf Kosten der wichtigsten Tätigkeitsbereiche: Gesundheitswesen, Sozialwesen, Schulwesen, Umwelt- und Naturschutz. Einerseits würden in diesen Bereichen substanziell weniger Zivildiensttage geleistet. Andererseits müssten die Einsatzbetriebe jederzeit damit rechnen, dass ihr Zivildiensteinsatz abgebrochen wird, weil der Zivilschutz Priorität geltend macht.

3. Der Zivildienst funktioniert so gut, weil er liberal organisiert ist: Die Einsatzbetriebe und die Zivildienstler finden einander und vereinbaren die Einsätze weitgehend in Freiheit und Eigenverantwortung. Das ist eine wesentliche Grundlage für das Engagement aller Beteiligten und für die Qualität der Einsätze. Der Zwang, als Zivildienstler Zivilschutz leisten zu müssen, würde diese liberale Kultur und als Folge davon Effizienz, Effektivität und Qualität der Zivildiensteinsätze beschädigen.

4. Der Zivildienst hat durchaus auch zum Ziel, «Beiträge im Rahmen der Aufgaben des Sicherheitsverbundes Schweiz» zu leisten (Artikel 3a Abs. 2 des Zivildienstgesetzes), insbesonde-

re im Tätigkeitsbereich «Vorbeugung und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen sowie Regeneration nach solchen Ereignissen». In allen drei Phasen hat der Zivildienst schon bisher Einsätze geleistet, in der Bewältigungsphase beispielsweise 2017 nach dem Erdbeben in Bristen (Kanton Uri) und 2020/21 in der Covid-19-Pandemie.

Der Zivildienst zählt jedoch nicht zu den Ersteinsatzorganisationen; er soll lediglich komplementär und subsidiär zu den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes zum Einsatz kommen. Alle bisherigen Untersuchungen waren sich darin einig, dass kein Bedarf besteht, die Einsatzbereitschaft des Zivildienstes zu erhöhen.

5. Die geltenden spezifischen Normen für Einsätze im Zusammenhang mit Katastrophen und Notlagen (vgl. Artikel 7a des Zivildienstgesetzes) und zahlreiche Ausführungsbestimmungen in der Zivildienstverordnung sind weitreichend. Zivildienstleistende können insbesondere mit verkürzter Aufgebotsfrist aufgeboden und umgeteilt werden; Beschwerden dagegen haben keine aufschiebende Wirkung. Die Zivildienstler können auf der aktuellen gesetzlichen Grundlage sogar zu Einsätzen gezwungen werden, allerdings nur im Rahmen von «Einsätzen im Zusammenhang mit Katastrophen und Notlagen». Wichtig: Die Zivildienstler leisten in jedem Fall Zivildienst, nicht Zivilschutz. Auf der aktuellen gesetzlichen Grundlage können Zivilschutzorganisationen auch schon heute Einsatzbetriebe des Zivildienstes sein, Zivildienstler einsetzen und führen – auch für «ordentliche» Einsätze.

Die ausführliche Analyse von Nicola Goepfert zum 1. Teilbericht «Alimentierung von Armee und Zivilschutz» ist auf der Website von Civiva zu finden.

www.zivildienst.ch



Gertrud Woker, die vergessene Pazifistin

Dass Gertrud Woker sich als eine der ersten Professorinnen Europas beharrlich für Frauenrechte und Frieden einsetzte, ist heute beinahe vergessen. Der Film *Die Pazifistin* lässt die Pionierin wieder aufleben.

Gertrud Woker forderte trotz Geschlechterdiskriminierung und Kriegstreibereien Konventionen ihrer Epoche heraus und wurde zu einer Inspiration selbstbestimmter Frauen, dazumal wie heute. «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit», forderte sie bereits 1917. Sie war Pionierin der Friedens- und Frauenbewegung und war von 1933 bis 1953 ausserordentliche Professorin für Biochemie an der Universität Bern. Durch ihre Forschung und Kritik am Einsatz von Giftgasen geriet die Naturwissenschaftlerin bald in Konflikt mit der militaristisch motivierten Elite.

Dennoch kämpfte sie unaufhaltsam und bis ins hohe Alter für Frieden und Gerechtigkeit sowie gegen den Missbrauch der Wissenschaft. Als geisteskrank verleumdet, verbrachte die Pazifistin die letzten Jahre ihres Lebens schliesslich in einer psychiatrischen Klinik. So verschwand sie zu Unrecht, aber vielleicht nicht zufällig, aus dem historischen Gedächtnis.



Gertrud Woker an einer Konferenz der Frauenliga in New York.

Der animierte Dokumentarfilm *Die Pazifistin* erzählt collagenhaft das Leben und die Errungenschaften dieser faszinierenden Frau. Dank Zitaten aus Wokers Tagbüchern, wissenschaftlichen Berichten und Gedichten berührt der Film durch Nähe und Ehrlichkeit. *Die Pazifistin* ist gleichermaßen biografisch wie auch eine Dokumentation des damaligen Zeitgeschehens und beleuchtet dieses aus der Perspektive einer mutigen Frau, die zu Lebzeiten immer wieder zum Schweigen hätte gebracht werden sollen.

Der Text zu Gertrud Woker

Im Rahmen einer Serie über Friedensfrauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges hat die **FRIEDENSZEITUNG** in Nr. 17 vom Juni 2016 einen Schwerpunkt von Ruedi Tobler zum Leben und Wirken Gertrud Wokers, «einer frühen Warnerin vor den Gefahren des chemischen und atomaren Krieges» gebracht. Über info@friedensrat.ch senden wir Ihnen ein PDF des Beitrages.

07.09.21	20.00	Rex	Bern	Matthias Affolter, Fabian Chiquet, Annemarie Sancar (1000 Peace Women across the Globe)
08.09.21	18.30	KinoK	St. Gallen	Matthias Affolter, Fabian Chiquet, Helena Nyberg (WILPF)
09.09.21	18.30	Kult.Kino	Basel	Fabian Chiquet, Matthias Affolter, Franziska Rogger, Samira Marti
12.09.21	10.30	Rex	Bern	Vernissage "Neue Wege"; Esther Straub (Theologin), Heidi Witzig (Historikerin)
13.09.21	18.30	KinoCenter	Chur	Fabian Chiquet, Matthias Affolter, Helena Nyberg (WILPF)
16.09.21	18.00	Rex	Bern	Rektor der Uni Bern, Silvia Berger Ziauddin, Fabian Chiquet, Matthias Affolter
18.09.21	15.00	Odeon	Brugg	Im Rahmen der Brugger Dokumentarfilmstage; Matthias Affolter, Fabian Chiquet
18.09.21	20.00	Luna	Frauenfeld	Franziska Rogger, Fabian Chiquet, Matthias Affolter
19.09.21	11.00	Kino Cameo	Winterthur	Fabian Chiquet, Helena Nyberg (WILPF)
19.09.21	18.00	Royal	Saint-Croix	Fabian Chiquet
30.09.21	18.00	Uni Bern, Aula	Bern	Kurzinputs Isabel Roditi, Franziska Rogger (wissenschaftshistorische Einordnung des Werks von G. Woker), Fabian Chiquet (siehe Webseite für defin. Programm)
01.11.21(?)	(?)	Grütli	Genf	WILPF International organisiert Screening mit Panel (s. Webseite)

Die Seidenstrasse – romantischer Name mi



Samarkand: Die Ruinen der B

Der SFR-Friedenskalender des nächsten Jahres enthält – neben den internationalen Friedenstagen – Postkartenfotos aus dem zentralurasischen Land Usbekistan an der historischen Seidenstrasse. Der folgende Hintergrundbeitrag befasst sich mit der Bedeutung von Chinas Belt-and-Road-Initiative für eine neue «Karawanenstrasse» durch Asien.

/ Helmut Köllner /

Seit der deutsche Geograf Ferdinand von Richthofen im Jahr 1877 den Begriff Seidenstrasse geprägt hatte, ist diese neuzeitliche Bezeichnung für die uralten internationalen Handelswege zwischen Zentraleurasien, China und dem fernen Osten, Süd- und Südostasien und dem Mittelmeerraum weltweit üblich und akzeptiert geworden. Dabei spielte der Handel entlang dieser internationalen Karawanenstrassen ebenso wie die Seide als Handelsgut zu seiner Zeit so gut wie überhaupt keine Rolle mehr.

Der Name verweist demonstrativ auf China als dem Ort, wo die Seide produziert wurde, und macht damit das «Reich (in) der Mitte (der Welt)» auch zum Mittelpunkt aller Handelsaktivitäten zwischen Europa und dem fernen Osten. An diese Vorstellung möchte heute auch das kommunistische China anknüpfen und das riesige strategisch angelegte Infrastrukturprogramm Belt-and-Road-Initiative als eine friedliche neuzeitliche «Seidenstrasse» vermarkten.

Europa und China

«Durch eine einzigartige Entscheidung des Schicksals, wie ich glaube, ist es dazu gekommen, dass die höchste Kultur und die höchste technische Zivilisation der Menschheit heute gleichsam gesammelt sind an zwei äussersten Enden unseres Kontinents, in Europa und in Tschina (so nämlich spricht man es aus), das gleichsam wie ein Europa des Ostens das entgegengesetzte Ende der Erde zielt. Vielleicht verfolgt die Höchste Vorsehung dabei das Ziel – während die zivilisiertesten (und gleichzeitig am weitesten voneinander entfernten) Völker sich die Arme entgegenstrecken –, alles, was sich dazwischen befindet, allmählich zu einem vernunftgemässeren Leben zu führen.»

Gottfried Wilhelm Leibniz

Wie so viele europäische Denker und Universalgelehrte zu Beginn der Aufklärung war offensichtlich auch Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) von China «als ältester ununterbrochen blühender Kulturnation der Erde» fasziniert, erschien es doch «wie eine andere Welt» und zugleich in seinem besonderen Genius ein Komplement zum Geist Europas. Im Chinabild der Aufklärung verwischten sich die Grenzen zwischen Utopie und Wirklichkeit sowie Wunsch und Wahrheit. Das Problem war zu dieser Zeit die Quellenlage – abgesehen von Berichten der «Hofjesuiten» des chinesischen Kaisers gab es kaum unabhängige Berichte aus dem Fernen Osten.

Diese Berichte hingegen waren natürlich auch Werbung in eigener Sache, um die Bedeutung ihrer Missionsarbeit in China herauszustellen. Doch Kernaussagen dieser Zeit sind bis heute in den Köpfen der EuropäerInnen erhalten geblieben – nicht zuletzt, weil China genau dieses verklärte Bild auf die eigene Kultur bis heute als historische Wirklichkeit propagieren möchte. Deshalb lohnt es sich, auch auf die historische Bedeutung der Seidenstrasse einen neuzeitlich «aufgeklärten» Blick zu werfen.

Die Barbaren aus Zentralasien

Obwohl moderne Historiker und Archäologen viel daran gearbeitet haben, alte Missverständnisse über die historische Rolle Zentralasiens durch ihre neueren Forschungen auszuräumen, sind deren Ergebnisse weder bei allen Historikern noch im Allgemeinwissen vieler europäischen Bildungsbürger, geschweige denn der allgemeinen Bevölkerung angekommen. «Dazwischen» – wie Leibniz die zentralurasischen Völker zwischen China und Europa genannt hatte – blühten einst zentralasiatische Reiche, die als Knotenpunkte der Handelswege das Herzstück und der eigentliche Motor dieser Karawanenstrassen waren. Denn selbst der Seidenhandel mit China florierte nur parallel zur Gründung und zum Aufstieg zentralurasischer Reiche. Bei deren Niedergang hingegen schrumpfte parallel zu dieser Entwicklung das Handelsvolumen.

it neokolonialen Unterton?



Gumbaz-i-Shahi Moschee Herat

Die Vorstellung, dass in Europa und China die «zivilisiertesten» Völker lebten, knüpft an die antike Idee barbarischer Völker an – aus heutiger Sicht eine rassistische Vorstellung. Weniger «zivilisierte» Völker zu einem «vernunftgemässeren Leben» zu führen, klingt aus heutiger Sicht wie ein Loblied auf den Kolonialismus – oder eine Begründung für die chinesischen Umerziehungslager der Uiguren in Xinjiang.

Obwohl der Makedonier Alexander etwa das grossartige Persepolis nach der Eroberung persönlich in Brand steckte, trägt er bis heute aufgrund seiner militärischen Eroberungen den Beinamen «der Grosse». Dschingis Khan als dem Begründer des ungleich grösseren Mongolenreiches hingegen haftet oftmals noch der Ruf eines wilden Steppenreiters und Barbaren an. Dabei wird unter anderem gerne übersehen, dass der Handel entlang der Seidenstrasse erst unter den Mongolen einen neuerlichen – und letzten – Höhepunkt erreichte oder Marco Polo nur dank der Sicherheit des Mongolenreiches in das von ihm so glanzvoll beschriebene Kaiserreich China reisen konnte. Als Kaiser von China herrschte zu dieser Zeit Kublai Khan, der mongolische Enkel Dschingis Khans.

Völkerwanderung in allen Richtungen

Der Blick noch weiter zurück in die Geschichte der Menschheit und ihrer Sprachen verweist darauf, dass es vor knapp 4000 Jahren Zentraleurasier waren, die ihre indoeuropäischen Sprachen und

Kulturen von Europa über den Iran und Indien bis in das heutige China verbreiteten. Als Ursprungsgebiet dieser Völkerwanderung in alle Himmelsrichtungen werden die Steppen und Wälder zwischen nördlichem Kaukasus, südlichem Uralgebirge und Schwarzem Meer vermutet. Ihre militärische Überlegenheit begründete auf dem Streitwagen, der von Pferden gezogen, einem Wagenlenker gesteuert und mit einem bogen-schiessenden Krieger besetzt war. Der europäische Menschentypus heisst deshalb bis heute «Kaukasier» und macht Zentraleurasien zur ursprünglichen Heimat der Indo-Europäer.

Im Tarim-Becken am Rande der Taklamakan-Wüste sind in 2000 bis 4000 Jahre alten Gräbern aufgrund des Klimas unglaublich gut erhaltene, mit fremdartigen Stoffen bekleidete Mumien entdeckt worden, die eindeutig dem kaukasischen oder eben europäischen Menschentypus zuzuordnen sind. Kann es sein, dass diese Ahnen der Tocharer das Rad und den Streitwagen nach China gebracht haben? Das protochinesische Wort für Rad und Streitwagen ist nach Meinung von Sprachwissenschaftlern ein indo-europäisches Lehnwort. Doch diese Vorstellung rüttelt scheinbar am Selbstverständnis Chinas, das seine Kultur bis heute als Wiege der Menschheit oder zumindest als unabhängig und allein aus sich selbst entwickelt ansehen.

Dementsprechend finden diese sensationellen Funde bis heute in China

wenig Beachtung und eine stiefmütterliche Behandlung, in deren Folge sogar ausländischen ForscherInnen der Zugang zu diesem Weltkulturerbe verwehrt wird. Schliesslich wurden die Völker rund um das Reich der Mitte einst genauso als Barbaren bezeichnet wie es seit der Antike auch im alten Griechenland und Rom üblich war, fremde Völker als Barbaren zu diffamieren.

Ein Netzwerk der Informationen

Das Netzwerk der internationalen Handelswege durch Zentraleurasien war seit alter Zeit auch ein Netzwerk der Informationen. Der freie und friedliche Austausch von Ideen, Kunst, Religionen und Wissen aus allen Regionen der damals bekannten Welt war eine Besonderheit Zentraleasiens und für die Geschichte der menschlichen Zivilisation letztendlich weit bedeutender als der parallel stattfindende Handel von Luxusgütern aus allen Teilen der Welt.

Aus Syrien kam das nestorianische Christentum über diese Handelswege bis nach China, aus Persien verbreitete sich die Lehre des Zarathustra oder der Manichäismus entlang der Seidenstrasse. Der Buddhismus wanderte mit den Kaufleuten von Indien bis nach China und blieb dort über Jahrtausende hinweg die bevorzugte Religion der chinesischen Kaiser. Die Araber und der Islam eroberten später die zentralasiatischen Reiche der Seidenstrasse. Nachdem der

Fortsetzung Seite 22

Abbaside Al-Ma'mūn mit der Unterstützung zentralurasischer Kaufleute und iranischer Militäreliten die in Damaskus residierenden Umayyaden besiegt hatte, verlagerte er den Mittelpunkt der islamischen Welt nach Zentralasien und erklärte sich in Merw im heutigen Turkmenistan zum Kalifen.

Das goldene Zeitalter des Islam

In der Folge läutete der Kalif Al-Ma'mūn dort und in Bagdad das «Goldene Zeitalter» des Islam ein. Er liess zahlreiche griechische und mittelpersische Werke zur Logik, Mathematik, Medizin und Astronomie ins Arabische übersetzen und bestimmte den Umfang der Erdkugel mit einem genaueren Wert als Christoph Columbus. Nestorianer und Zoroastrier residierten an seinem Hof. Als Zentrum seiner griechisch-arabischen Übersetzungsaktivitäten fungierte die kalifale Bibliothek in Bagdad, die nach persischer Tradition als «Haus der Weisheit» bezeichnet wurde. Im Mittelalter konnte so Zentralasien zum wirtschaftlichen, kulturellen und intellektuellen Zentrum der damaligen Welt aufsteigen, in der viele Grundlagen der modernen Wissenschaften gelegt wurden.

Auch die Kunstgeschichte entwickelte sich zeitweise entlang der Seidenstrasse: In der frühen buddhistischen

Kunst war der historische Buddha niemals in anthropomorpher Gestalt dargestellt worden, sondern wurde präsentiert durch Symbole wie ein leerer Thron, ein Ehrenschild oder Fussabdrücke. Erst ein halbes Jahrtausend später entstand unter der Patronage der zentralurasischen Kushanas das bis heute so typische Buddha-Bildnis in den Kunstschulen ihres Grossreiches, das zeitweise wohl vom Tarim-Becken über ganz Zentralasien bis in die Gangesebene Indiens reichte.

Auch Jahrhunderte später war die Freude an bildhaften Darstellungen und Malerei den Zentraleurasiern selbst im bilderfeindlichen Islam nicht zu nehmen: Unter dem Einfluss der Mongolen erblühte die islamische Miniaturmalerie in Persien und breitete sich von dort nach Indien oder in das osmanische Reich aus.

Die Neuzeit

Mit dem Ende der Mongolenherrschaft setzte in den späteren Jahrhunderten auch ein allmählicher Niedergang der Seidenstrasse ein. Unter Timur war Samarkand im 14. und 15. Jahrhundert noch einmal die zentralasiatische Hauptstadt eines Grossreiches in mongolischer Tradition. Dort zeugen prachtvoll mit Majolikaschmuck verzierte Bauwerke wie die imposante Bibi-Khanum-Moschee oder auch die Überreste der von

seinem Enkel, dem grossen Astronomen Ulug Beg, erbauten riesigen Sternwarte vom Glanz der Timuriden.

Die Herrschaft der Mongolen setzte sich zwar in der glanzvollen Moghuldynastie Indiens noch bis in das 17. und 18. Jahrhundert fort, doch in Zentralasien annektierten China und Russland ab dieser Zeit bereits grosse Gebiete und besiegelten damit sowohl das Ende eigenständiger zentralurasischer Reiche als auch der traditionellen Seidenstrasse. Für die einst zentralasiatischen russischen Kolonien begann mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion unvermutet eine neue Epoche der Unabhängigkeit.

Die neuzeitliche Seidenstrasse

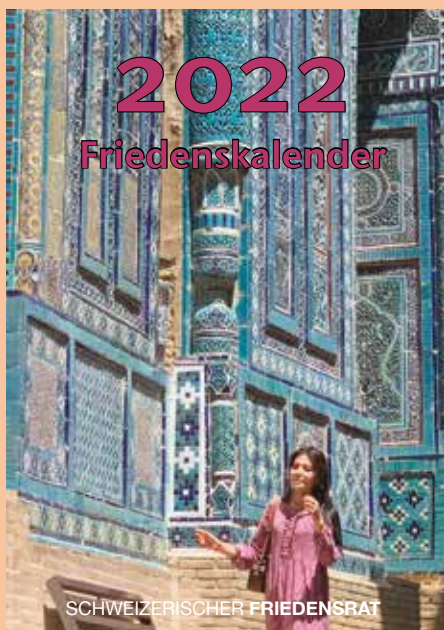
Die zentralasiatischen Uiguren in der autonomen Provinz Xinjiang hingegen sind derzeit Opfer einer von Menschenrechtsorganisationen kritisierten chinesischen Assimilierungs- und Unterdrückungspolitik, mit der die chinesische Han-Kultur weit in den zentralasiatischen Teil der einstigen Seidenstrasse verpflanzt werden soll. Diese Politik zeigt auch auf, wie wenig das neuzeitliche «Seidenstrassenprojekt» Chinas – auch passender Belt-and-Road-Initiative genannt – mit der alten zentralurasischen Seidenstrasse gemein hat: Die neue Seidenstrasse scheint vor allem strategisch auf den Vorteil Chinas ausgerichtet zu sein.

Sie dient offiziell dem Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze zwischen China und über 60 Ländern Asiens, Afrikas und Europas. Diese Handels- und Infrastrukturnetze werden aber auch zur Verbreitung chinesischer Technologien, Produkte, Propaganda sowie dem Ausbau von Einflussphären genutzt: So müssen sich etwa Schuldnerländer Chinas verpflichten, ihr Kreditgeberland nicht zu kritisieren.

Anreiz für korrupte Regierungen

Was China als Wirtschaftshilfe bezeichnet, folgt meist einem ähnlichen Muster: Gemeinsam beschlossene Infrastrukturmassnahmen werden dabei durch wenig transparente Kreditverträge von China finanziert. Die Arbeiten erfolgen «zur Qualitätssicherung» nahezu ausnahmslos durch ins Land gebrachte chinesische Arbeiter. Der Kredit Chinas dient damit auch der Bezahlung chinesischer Arbeiter und fliesst somit teilweise zurück ins Reich der Mitte. Beobachter vermuten,

Der Friedenskalender 2022 zu Usbekistan



Bereits zum 26. Mal erscheint 2022 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr zu Usbekistan. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets von einer Reise Francine Perrets u.a. in diesem Frühjahr. Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des Jahres. Er wird allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch vor- oder nachbestellt werden. Wir ergänzen mit unserem Schwerpunkt auf diesen Seiten das Thema des Kalenders 2022 mit einem Hintergrundbericht zur Belt-and-Road-Initiative.



Die knapp 2000 Jahre alte kushanzeitliche Festung Topraq Qala in der usbekischen Provinz Karakalpakstan.

dass die ohne strenge Kontrollen seitens der chinesischen Banken abzugreifenden hohen Kreditsummen gerade für korrupte Regierungen ein Anreiz sind, solchen Abkommen ohne Prüfung auf eine mögliche Wirtschaftlichkeit zuzustimmen. Die Fertigstellung von prestigeträchtigen Infrastrukturprojekten hilft so mancher Regierung, ihre sonstige Misswirtschaft zu verdecken, und bietet zudem involvierten Staatschefs die Möglichkeit persönlicher Vorteilnahme.

Manche Länder, wie etwa Sri Lanka, können ihre Schulden bereits heute nicht mehr bedienen. In Hambantota liess der damalige und heutige Präsident Mahinda Rajapaksa einen Hafen und den nach ihm benannten internationalen Flughafen Mattala Rajapaksa mit chinesischer Kredithilfe erbauen. Für Sri Lanka zahlten sich die enormen Investitionen in den Flughafen und den Tiefwasserhafen bisher nicht aus – beide erfüllten bislang nicht annähernd die in sie gesetzten wirtschaftlichen Erwartungen, im Gegenteil: Ihr Betrieb blieb hoch defizitär.

Chinas Drang zur Weltmacht

Nachdem Sri Lanka in finanzielle Pro-

bleme geriet und sechs Milliarden US-Dollar Schulden an chinesischen Infrastruktur-Investitionen angefallen waren, wurden 70 Prozent der Anteile am Hafen und ein nahegelegenes Industriegebiet am 29. Juli 2017 für 99 Jahre von China geleast. Die Dauer dieses Leasings entspricht genau der Zeit, für die China einst die Halbinsel Hongkong an Grossbritannien leaste – in der Blütezeit des Kolonialismus. Der Hafen liegt direkt an der meist befahrenen Schifffahrtsroute zwischen China und dem Westen und bietet somit China in der Zukunft auch die Möglichkeit einer militärischen Kontrolle der Schifffahrt. Seit 2019 sind militärische Kooperationen auch offiziell ein Teil des Projekts «Neue Seidenstrasse». Aus der Sicht Chinas dienen diese Kooperationen vor allem dem Schutz der Grenzen sowie dem Kampf gegen den Terrorismus. Doch der Drang Chinas, zur neuen Weltmacht aufzusteigen, ist dabei offensichtlich.

Schwankende Suche nach Identität

Die unabhängigen zentralasiatischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion schwanken zwischen der Suche nach

einer neuen Identität und einer gleichzeitigen Fortsetzung der in der Sowjetunion entstandenen Machtstrukturen. Dementsprechend hat Russland bis heute militärisch und wirtschaftlich eine dominante Rolle als grosses Nachbarland inne, doch auch China möchte durch sein Belt-and-Road-Projekt in den alten Ländern der Seidenstrasse Einfluss gewinnen. Dazu kommen islamische und islamistische Gruppierungen aus der Türkei und Saudi-Arabien, die den Einfluss ihres Glaubens in der Bevölkerung stärken möchten.

In der Türkei Erdogans ist auch der Traum eines panosmanischen Grossreiches lebendig geblieben, der sich in den militärischen Interventionen auf Seiten Aserbaidshans in Berg-Karabach spiegelt und auch die Turk-Völker Zentralasiens ins Visier nimmt. Inwiefern sich der Sieg der Taliban im benachbarten Afghanistan diesbezüglich auswirken wird, bleibt abzuwarten. In den früheren Jahren der Talibanherrschaft blieb deren Einfluss auf die zentralasiatischen Länder jedoch gering.

Die atomare Kette durchbrechen

Vor dem Dunant-Museum in Heiden steht, integriert in eine Kunstinstallation von Lucie Schenker, eine prachtvolle Glocke: die Peace Bell von Nagasaki. Es ist eine von weltweit fünf Kopien jener Angelus-Glocke, die den Atombombenabwurf vom 9. August 1945 auf die japanische Stadt fast schadlos überstanden hat. Mit dem Läuten der Heidener Peace Bell und einer würdigen Feier wird jeweils am 9. August der Katastrophe von Nagasaki gedacht. Dieses Jahr trat Helena Nyberg als Gastrednerin auf, die die sozialen Folgen der Bombenabwürfe sowie die Auswirkungen des Uranabbaus zur Bombenherstellung thematisierte. Wir bringen auszugsweise ihren Beitrag, die Untertitel stammen von der Redaktion.

/ Helena Nyberg /

Sehr geehrte Damen und Herren, darf ich Sie die «Heidener Gemeinschaft der Friedensbewegten» nennen? Sie mögen im Alltag verschiedene Interessen, Aufgaben und Ausrichtungen haben, aber dieser 9. August bringt Sie zusammen. Sie ehren damit die 67'000 Menschen in Japan, die nach den beiden Atombombenabwürfen verdampften und verbrannten, und die mehr als 200'000 Früh Todesfälle, die bis zum Ende des Jahres starben. Und die 230'000 Spätopfer, die bis 1950 den Auswirkungen der Primärverstrahlung zum Opfer fielen, obwohl diese Zahl umstritten ist. Und die circa 340'000 Hibakusha, die Überlebenden von Nagasaki und Hiroshima, die mit ihren Kindern und Enkeln noch heute in Japan missachtet und ausgegrenzt werden.

Zu den Überlebenden der Atombombenabwürfe zählten auch etwa 40'000 koreanische Zwangsarbeiter, von denen die meisten nach Korea zurückkehrten; von ihnen und den in Japan umgekommenen wird meist nicht geredet. Sie ehren auch die Ungeborenen, die von ihren Müttern und Vätern körperliche Anlagen erhalten und weitergeben, deren Folgen wir noch gar nicht kennen. Die Verursachung und Vererbung von Langzeitstrahlenschäden konnten bis heute nicht belegt, können aber nach knapp drei Generationen auch nicht ausgeschlossen werden. Wir wissen

aufgrund von strahlenbedingten Krankheiten, Säuglingssterblichkeit etc., dass es keine unbedenkliche Strahlendosis gibt, sei sie noch so klein. Jede Strahlenschutzgesetzgebung sollte dies berücksichtigen.

Die Hibakushas mahnen uns

Sie kennen diese Zahlen, es sind alles Zahlen, die wir gar nicht begreifen können, und doch müssen wir sie uns mindestens an Gedenktagen wieder in Erinnerung rufen – es waren Menschen, die kläglich ermordet wurden. Nicht einfach nur Gebäude oder Kriegsgeräte wurden zerstört, nein, Menschen, die alle ein eigenes soziales Netz von Angehörigen, FreundInnen und KollegInnen hatten. Diese Menschen und ihre gesellschaftlichen Netze wurden ausgelöscht. Die physische Infrastruktur einer Stadt kann mit der Zeit wieder aufgebaut werden – natürlich unter Berücksichtigung der Strahlung –, aber menschliche Verbindungen, soziale Geflechte aus dem Nichts aufzubauen, über die erlittenen psychischen Schmerzen hinweg, kann Generationen dauern.

Davon zeugt die Geschichte der Hibakusha, aber auch der Überlebenden von Tschernobyl und Fukushima, und von vielen weiteren «Zwischenfällen» entlang der gesamten atomaren Kette vom Uranabbau bis zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Das Schreckliche ist, diese Opfer wurden – sobald die tödliche Gefahr der Atomenergie klar war – in Kauf genommen. Wesentlich und willentlich in Kauf genommen. Die Opfer wären vermeidbar gewesen, wenn der menschliche Wille, die Empathie und Vernunft über Machtspiele und Abschreckungstheorien gesiegt hätten.

Bis heute haben konkurrenzierende Atomgrossmächte das Sagen, mit ihrem Glauben, ihre absolute Vorherrschaft sei das Ziel. Wenn eine solche Politik auf einer Technologie gründet, bei der bereits eine Fehleinschätzung, ein einziger technischer Fehler oder eben ein Unfall unsägliche katastrophale Folgen haben können, dann ist das eine fehlgeleitete, verabscheuungswürdige Politik. Die Opfer von Hiroshima und Nagasaki müssen uns deshalb alljährlich stellvertretend für alle Opfer dieser

Katastrophentechnologie ermahnen, für eine Welt ohne Atomenergie und ohne Atomwaffen einzustehen. Sie sollen nicht umsonst gestorben sein!

Die Botschaft der Crees

Heiden war 2012 Schauplatz der Verleihung der Nuclear-Free Future Awards, organisiert von den ÄrztInnen für soziale Verantwortung IPPNW. Mit diesen Preisen werden seit 1998 besonders engagierte Personen unterstützt, ihren Einsatz für eine Zukunft frei von Atomkraft und Atomwaffen fortzusetzen. Ausgezeichnet wurden übrigens 2020 die indigene US-Innenministerin Deb Haaland und die WILPF-Programmlinleiterin und Aktivistin für den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag Ray Acheson. Entstanden ist diese jährliche Preisverleihung aus dem 1992 in Salzburg abgehaltenen World Uranium Hearing.

Als Mitglied der Schweizer Menschenrechtsorganisation für die Rechte indigener Völker Incomindios hatte ich damals die Aufgabe, indigene Betroffene aus den USA und Kanada zu betreuen. An diesem Hearing kamen die Opfer der ganzen unheilvollen atomaren



Helena Nyberg war von 1992 bis 2004 Geschäftsführerin von Incomindios, der 1974 gegründeten Schweizer Organisation für die Rechte indigener Völker mit Beraterstatus an der UNO. 1983 rief sie mit anderen Frauen die Schweizer Sektion der Women's International League for Peace and Freedom WILPF wieder ins Leben und ist heute Mitglied des Vorstandes. Sie arbeitet als Übersetzerin.

Kette vom Uranabbau über die Atomtests bis zur Endlagerung zusammen, um Zeugnis von Umweltschäden und Krankheitsfolgen abzulegen und in der Salzburger Erklärung festzuhalten, dass Uran als Rohstoff des Atomzeitalters in der Erde bleiben muss.

Die vom Uranabbau betroffenen Opfer gehören bis zu 80 Prozent indigenen Völkern an, denken Sie an die Aborigines in Australien, aber auch an die Cree im Norden Kanadas; dort hatte der Schweizer AKW-Betreiber Axpo Lieferverträge für Uran. Dennis Banks, einer der wichtigsten indigenen Führer der USA, organisierte 2000 einen Sacred Run von Hiroshima nach Nagasaki, um sich beim japanischen Volk dafür zu entschuldigen, dass das Uran der Atombomben aus indigenem Land stammte. Seine Botschaft war, dass alles Leben heilig sei.

Die Schweizer Rolle beim Uranabbau

In Bezug auf Uranabbau gibt es auch eine Verbindung von einem indigenen Volk zur Schweiz, dies sind die Havasupai («Volk des grün-blauen Wassers»), das kleinste indigene Volk der USA. Der damalige Schweizer AKW-Betreiber NOK, heute Axpo, war an Uran-Schürfrechten beim Grand Canyon beteiligt, angestammtes Land der Havasupai, die sich schon 1984 an Incomindios gewandt hatten. Seither engagieren wir uns für sie. In jener Zeit intensivierte man in der Schweiz die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle. Der Wellenberg in Nidwalden wurde als geeigneter Ort ausgewählt, trotz unsicherer Gesteinsvorkommen; dessen Form ähnelt frappant dem heiligen Berg der Havasupai.

Vor der Abstimmung 1995 luden wir den spirituellen Führer Rex Tilousi mit seiner Nichte Carletta Tilousi nach Nidwalden ein: Die Havasupai standen am Anfang der unheilvollen Kette; das Innerschweizer Stimmvolk am Ende. Die Abstimmung brachte eine Mehrheit gegen das Endlager, es hiess, man habe dies dem Besuch der Havasupai zu verdanken. Sie sehen, es gibt viele Verbindungen der Schweiz zum Thema Uran und Atom.

Die Bedrohung wird immer realer

Aber Sie haben mich als Vertreterin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit WILPF eingeladen. Wir stehen für einen feministischen Frieden ein, in aller Konsequenz: Wir schauen auf die Ursachen von männerdominiertem Krieg und patriarchaler Gewalt.

Wir wehren uns gegen eine Politik, die zwar selbst keine Atomwaffentechnologie fördert, aber beispielsweise nichts unternimmt, um die Sanktionen gegen den Iran zu stoppen – die Tausenden das Leben gekostet haben. Es ist Realität: Atomwaffen und die gesamte atomare Industrie töten, auch wenn keine einzige Bombe gefallen ist.

Heute bedrohen uns weltweit noch immer mehr als 133'000 Atomwaffen. Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren – allein 2019 gaben sie 73 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen aus. Bei der zentralen Gedenkveranstaltung letztes Jahr in Nagasaki warnte Bürgermeister Tomihisa Taue vor der fortschreitenden Entwicklung neuer Atomwaffen: «Damit wird die Bedrohung, dass diese Waffen tatsächlich eingesetzt werden könnten, immer realer.» Die Aufrüstung jeglicher Form entzieht Ressourcen, personelle, materielle und finanzielle, die wir für die vielen dringenden Anliegen unserer Zeit bitter nötig hätten.

Perversion des Schweizer Verhaltens

Unterstützen Sie die Ratifizierung des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags – erklären Sie dem Bundesrat, es sei dringend nötig, Zeichen zu setzen in einer Welt, die aus den Fugen gerät. Ich konnte selbst beobachten, wie die Schweizer Delegation 2017 an der UNO in New York die WILPF und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen im Vorfeld der Abstimmung unterstützten, Stimmen für den Atomwaffenverbotsvertrag zu bekommen. Es ist eine Perversion der Politik, an der UNO für die Sache zu kämpfen, und im eigenen Land einen totalen Rückzieher zu machen, zumal das Schweizer Parlament sich für die Ratifizierung ausgesprochen hat.

Henry Dunant wurde durch das Kriegsleid, das die Soldaten am eigenen Leib zu spüren bekamen, getroffen und engagierte sich für deren Schutz. Der WILPF geht es vor allem um Gewaltprävention und den Einbezug von Frauen in den Post-conflict-Prozess. Dass Dunant und die Genfer Konventionen gleichermaßen wichtig wurden, kann nicht hoch genug geschätzt werden – und hier trägt dieses Land als deren Depositärstaat eine grosse Verantwortung. Das muss unser Fokus sein, das Konzept «Frieden» muss wieder sexy werden, grenz- und parteiübergreifend. Sagen wir es laut und deutlich – mit fast den Worten Bertha von Suttner nach dem



Die Peace Bell, integriert in eine Kunstinstallation, vor dem Dunant-Museum in Heiden.

Titel ihres berühmten Buches «Die Waffen nieder!»: Die Atomwaffen nieder!

Japans Schande

Darf ich mit der Grussbotschaft meiner japanischen WILPF-Schwester Kozue Akibayashi abschliessen: «Am 76. Jahrestag von Hiroshima und Nagasaki haben wir in Japan, die wir uns für die Abschaffung der Atomkraft einsetzen, immer noch zu kämpfen. Nur eine Handvoll Überlebender kann jetzt ihre Erfahrungen mit uns teilen, doch viele Probleme bleiben ungelöst. Obwohl der Vertrag über das Atomwaffenverbot im Januar in Kraft getreten ist, hat die japanische Regierung noch nicht einmal damit begonnen, die Möglichkeit eines Beitritts zu diesem Vertrag zu diskutieren.

Das ist eine Schande für ein Land, in dem viele Tausende von Menschen durch die Atombombenabwürfe getötet wurden und viele weitere, einschliesslich der zweiten und dritten Generation der Hibakusha, so lange gelitten haben. Ausserdem haben die Menschen in Japan vor 10 Jahren die atomare Katastrophe des AKW Fukushima Daiichi erlebt. Nun müssen wir uns leider vorwerfen lassen, dass wir für die verheerenden Folgen des GAUs in der Welt verantwortlich sind. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass unsere Regierung mehr Verantwortung übernimmt und sich aktiv für eine Welt ohne Atomkraft einsetzt. Wir hoffen, dass wir in Solidarität mit Friedensstiftern weltweit auf dieses Ziel hinarbeiten können.»

Priorität für die Friedensförderung

Am 29. April 2021 stellte VBS-Chefin Viola Amherd den neuen sicherheitspolitischen Bericht 2021 vor, der die aktuellen Prioritäten für die schweizerische Sicherheitspolitik auflistet. Er ging bis zum 18. August in die Vernehmlassung, zu der allerdings sehr selektiv eingeladen wurde, neben einer Vielzahl militärischer Lobbyisten und staatlichen Behörden wurden gerade noch eine aussen- und eine friedenspolitische Gruppe sowie eine Frauenorganisation eingeladen. Der definitive Bericht soll bis Ende des Jahres ans Parlament überwiesen werden. Der Friedensrat hat sich an der Vernehmlassung beteiligt. Nachfolgend die wichtigsten Kritikpunkte aus seiner Stellungnahme.

/ Ruedi Tobler /

Im Militärgesetz sind in Artikel 1 die Prioritäten der Aufgaben der Armee festgelegt. Mit der Revision von 2016 wurde ein eigentlicher Aufgabenkatalog in diesen Artikel aufgenommen, aber in der Botschaft dazu wurde festgehalten: «Die Aufgaben der Armee sind unverändert die Verteidigung, die Unterstützung der zivilen Behörden und die Friedensförderung.» An einen sicherheitspolitischen Bericht haben wir die Erwartung, dass er eine Bilanz zieht zur Entwicklung seit dem letzten Bericht und schaut, ob die Prioritätenordnung noch stimmt. Eine solche Bilanz sucht man vergeblich, die Prioritätenordnung wird als gegeben vorausgesetzt.

Eine inhaltliche Begründung, weshalb es eine Armee im aktuellen Umfang und deren Rüstung braucht, liefert der Bericht auch nicht. Immerhin fordert er eine gesamthafte Überprüfung: «... ist es angezeigt, die Sicherheitspolitik in ihrer Gesamtheit periodisch zu überprüfen. Die Ausgestaltung unserer Sicherheitspolitik muss sich an den wandelnden sicherheitspolitischen Herausforderungen ausrichten und dabei laufend auch Priorisierungen bei den Ressourcen vornehmen. Die Zweckmässigkeit der Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente bemisst sich daran, wie wirksam und effizient sie den Bedrohungen und Gefahren entgegenwirken und Chancen wahr-

nehmen können. Das erfordert immer wieder Überprüfungen und auch Anpassungen.» Diesen Anspruch kann der Bericht nicht einmal in Ansätzen einlösen.

Unrealistisches Kriegsszenario

In der Lagebeurteilung ist im Abschnitt «Bewaffneter Konflikt» zu lesen: «Eine direkte militärische Bedrohung durch einen terrestrischen Angriff auf die Schweiz ist kurz- und mittelfristig unwahrscheinlich.» Wozu also die Schweizer Armee noch in ihrer aktuellen Konzeption? Um diese Frage nicht in den Raum zu stellen, wird sogleich angefügt: «Die Auswirkungen eines solchen Angriffs wären jedoch derart gravierend, dass dies nicht vernachlässigt werden darf.» Und gleich wird noch nachgeschoben: «Im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen der Nato und Russland könnte sich für die Schweiz aber mit zunehmender Konfliktdauer eine direkte Bedrohung ergeben, falls eine der Konfliktparteien mit militärischen Mitteln wirtschaftliche, politische oder militärische Konzessionen von der Schweiz erzwingen wollte.»

Ein bewaffneter Konflikt zwischen der Nato und Russland als realistische Erwartung – und nicht etwa als kurze Episode, sondern «mit zunehmender Konfliktdauer»? Zwar wird das in der Wortwahl peinlichst vermieden, aber da ist von einem Krieg zwischen der Nato und Russland die Rede – als realistisches Szenario? Und wie soll ein solcher Krieg verlaufen, ohne in einen Atomkrieg zu eskalieren? Ist diese Darstellung nicht auf der einen Seite eine Dämonisierung der Beziehungen zwischen Russland und der Nato und auf der anderen eine unzulässige Verharmlosung eines Krieges zwischen den grössten Atommächten? Als Legitimation für die aktuelle Armeekonzeption ist dieses Szenario mehr als nur schwach.

Angriff von ausserhalb Europas?

«Insgesamt nimmt die Schutzwirkung des geografischen und politischen Umfelds der Schweiz ab, weil dieses Umfeld instabiler geworden ist und auch weit entfernte Ereignisse rasch und direkt die Sicherheit der Schweiz tangieren kön-

nen.» (...) «Ein bewaffneter Angriff auf die Schweiz oder auf andere europäische Länder könnte auch von ausserhalb Europas über grosse Distanz geführt werden. Dafür kommen insbesondere ballistische Lenkwaffen, Marschflugkörper und Hyperschallwaffen in Frage.» Um sogleich zu relativieren: «Derzeit sind nur wenige Staaten zu solchen Angriffen fähig, und bei diesen sind keine entsprechenden Absichten erkennbar oder zu erwarten.»

Aber auch keine Entwarnung: «Die Verbreitung solcher Waffensysteme wird aber fortschreiten.» Und deshalb: «Ein Angriff auf die Schweiz mit weitreichenden Waffen wird zwar für die nächsten Jahre als nicht wahrscheinlich erachtet», um sogleich anzufügen: «Die Libyen-Krise 2008–2010 hat aber gezeigt, wie ein Staat ohne lange Vorwarnung drastische Massnahmen gegenüber der Schweiz ergreifen kann. Falls ein derartiger Akteur über weitreichende Waffen verfügt, könnte er die Schweiz auch mit militärischen Mitteln bedrohen und erpressen.» Dieses Szenario soll als Legitimation für die aktuelle Armeekonzeption genügen?

«Um weiterhin den Luftraum über den täglichen Luftpolizeidienst hinaus über längere Zeit intensiv überwachen, zum Beispiel bei anhaltenden internationalen Spannungen, und im Fall eines Angriffs verteidigen zu können, werden neue Kampfflugzeuge und ein System zur bodengestützten Luftverteidigung beschafft.» Auch bei der Legitimierung der Kampfflugzeugbeschaffung muss auf den im Bericht selbst als unwahrscheinlich charakterisierten Fall eines militärischen Angriffs auf die Schweiz zurückgegriffen werden – ein überaus deutliches Zeichen für die wacklige Grundlage der aktuellen Armeekonzeption.

Vorrang der Verteidigung gegenüber der Friedensförderung

Einen Vorrang des aktuellen Armeeauftrags der autonomen Landesverteidigung gegenüber Katastrophenhilfe und der Beteiligung an der internationalen Friedensförderung lässt sich aus dem Entwurf zum sicherheitspolitischen Bericht nicht ableiten. Wir haben schon

mehrmals ausgeführt, dass spätestens seit dem Beitritt der Schweiz zur UNO die Sicherheitspolitik auf ihr System der kollektiven Sicherheit auszurichten und abzustützen ist, und dementsprechend eine Umstellung der Prioritäten für den Armeeinsatz vorgeschlagen, an erster Stelle die Beteiligung an der internationalen Friedensförderung, weiterhin an zweiter Stelle die Katastrophenhilfe (Armeeinsätze zur sogenannten inneren Sicherheit lehnen wir ab und sollten aus dem Aufgabenkatalog gestrichen werden) und schliesslich an dritter Stelle die Landesverteidigung.

Abschaffung der Wehrpflicht

Für die von uns vorgeschlagene Ausrichtung der Armee mit dem Schwergewicht auf Einsätze in Friedensmissionen von UNO und OSZE macht die Wehrpflicht keinen Sinn. In solchen Einsätzen braucht es sehr gut qualifizierte und hoch motivierte Persönlichkeiten aller Geschlechter. Dafür ist das aktuelle System mit der Militärdienstpflicht für Männer ungeeignet, sie kann problemlos abgeschafft werden, auch, da durch die Konzeptionsänderung die Zahl der insgesamt benötigten Dienstleistenden massiv abnimmt. Deshalb ist die Wehrpflicht für die Männer aufzuheben. Das hat Nebenwirkungen auf die anderen Dienstpflichtbereiche, den Zivildienst und den Zivilschutz.

Mit dem Wegfall der Militärdienstpflicht würde auch die Rechtsgrundlage für den Zivildienst entfallen. Dieser hat jedoch seine Berechtigung und Notwendigkeit zur Genüge unter Beweis gestellt und ist in veränderter Form aufrechtzuerhalten. Wir verweisen dazu auf das Konzept des freiwilligen Zivildienstes, das der Zivildienstverband Civiva, der Service Civil International und der Schweizerische Friedensrat gemeinsam erarbeitet haben.* Auch für die Betreuung von Flüchtlingen scheint uns dieser freiwillige Zivildienst viel besser geeignet als die Armee oder der Zivilschutz. Deshalb sollten die rechtlichen Grundlagen für seine Weiterführung geschaffen werden.

* Freiwilliger Zivildienst. Visionen und Umsetzung. SCI, Civiva und SFR, April 2014, beim SFR erhältlich.

Der Zivilschutz steckt offensichtlich in einer strukturellen Krise, die deren Verantwortliche auf Kosten des Zivildienstes lösen möchten (siehe Seite 14 dieser **FRIEDENSZEITUNG**), was wir einen Irrweg finden. Nicht der Zivildienst muss unattraktiver gemacht werden, sondern der gesamte Bereich von Schutz- und Rettungsorganisationen ist reformbedürftig. Das wird im Bericht auch angesprochen im Kapitel «Stärkung des Schutzes vor Katastrophen und Notlagen und der Regenerationsfähigkeit». Doch der Umgang von Gesellschaft und Staat mit der Klimakatastrophe soll nicht der Sicherheitspolitik untergeordnet werden, sondern ist im zivilen Bereich zu regeln.

Die UNO-Charta ist wesentliche Grundlage für den Armeeauftrag

Wie der Rechtssammlung des Bundes entnommen werden kann, ist die Charta der Vereinten Nationen «für die Schweiz in Kraft getreten am 10. September 2002». Seit diesem Datum ist die UNO-Charta Schweizer Recht in Verfassungsrang, in der Abstimmungsvorlage (vom 5. Oktober 2001) stand: «Der Bundesrat wird ermächtigt, an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) ein Gesuch der Schweiz um Aufnahme in diese Organisation und eine Erklärung zur Erfüllung der in der UN-Charta enthaltenen Verpflichtungen zu richten.» Die Charta selber war dem «Abstimmungsbüchlein» nicht beigelegt – was eine schweizweite Verbreitung in alle Haushalte mit Stimmberechtigten gebracht hätte –, aber eine ganze Seite war ihr gewidmet.

In einigen Bereichen wird die UNO-Charta auch umgesetzt, explizit jedoch nicht in der Sicherheitspolitik. Da hat der UNO-Beitritt keinerlei Auswirkungen gehabt. Weder wird Kapitel VII der UNO-Charta («Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen») als eine der Grundlagen für Armee und Sicherheitspolitik aufgeführt, noch ist die Beteiligung an UNO-Friedensmissionen ausgebaut worden.

Zielsetzung der Sicherheitspolitik

Mit der allgemeinen Zielsetzung der Sicherheitspolitik, wie sie im Bericht umschrieben ist, können wir uns grundsätzlich einverstanden erklären: «Das allgemeine Ziel der Schweizer Sicherheitspolitik ist es, die Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung und Integrität

der Schweiz und ihrer Bevölkerung sowie ihre Lebensgrundlagen gegen Bedrohungen und Gefahren zu schützen und einen Beitrag zu Stabilität und Frieden jenseits der Grenzen zu leisten. Sicherheit wird umfassend verstanden.»

Wir würden allerdings eine Umschreibung vorziehen, die hervorhebt, dass es Frieden nur für die Menschheit als Ganze geben kann und ihn die Industriestaaten – und mit ihnen die Schweiz – nicht für sich und gegen den Rest der Welt erreichen oder durchsetzen können – und dass der Rahmen dafür die Weltorganisation ist, die sich dieser Aufgabe ja mit ihrer Charta verschrieben hat –, auch wenn die Umsetzung durch das Vetorecht der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates beeinträchtigt ist. Erfreulicherweise setzt sich die Schweiz, zusammen mit Gleichgesinnten, für eine Reform in diesem Bereich ein, wozu sie sich mit der geplanten Einsitznahme im Sicherheitsrat hoffentlich zusätzliche Legitimität erarbeitet.

Wir wiederholen deshalb unseren Vorschlag von 2016 für eine weltzugewandte Umschreibung mit der Übernahme von Absatz 1 von Artikel 1 der UNO-Charta. Dafür schlagen wir folgende Formulierung vor: Die schweizerische Sicherheitspolitik trägt dazu bei, «den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen».

Priorität für die Friedensförderung

Schon der Schluss von Absatz 1 der UNO-Charta weist über die Sicherheitspolitik hinaus und macht deutlich, dass es andere Anstrengungen als Sicherheitspolitik braucht, um Frieden zu schaffen. Die Absätze 2 und 3 legen dar, was getan werden muss, um eine friedliche Welt aufzubauen. Sie machen auch deutlich, dass Sicherheitspolitik erst dann zum Zug kommt, wenn Friedensförderung nicht erfolgreich gewesen ist. Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass auch die schweizerische Sicherheitspolitik strukturell umzubauen ist.

Fortsetzung Seite 28

Zwar hat sie bereits ihre absolut dominierende Stellung verloren, die sie mit der Gesamtverteidigung in der Zeit des Kalten Kriegs hatte, aber sie geniesst nach wie vor eine privilegierte Behandlung. Die Sicherheitspolitik muss der Aussenpolitik untergeordnet werden und entsprechend des realen Stellenwerts lässt sich längerfristig ein Verteidigungsdepartement nicht mehr rechtefertigen. Ein Bundesamt im Rahmen des EDA scheint uns angemessen. So kann sichergestellt werden, dass Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in erster Linie zum Zuge kommen und aufeinander abgestimmt werden.

Verlagerung der finanziellen Mittel

Der mit der Reduktion der Armee und der Aufhebung der Wehrpflicht verbundene Umbau muss mit einer massiven Verlagerung der finanziellen Mittel von der Sicherheitspolitik zu Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe gekoppelt sein. Dies würde es beispielsweise erlauben, dass die Schweiz endlich das bereits 1970 im Rahmen der UNO vereinbarte Ziel erreicht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden – ohne diese Aufwendungen durch bürokratische Tricks, wie die Einrechnung der Ausgaben für den Asylbereich, aufblähen zu müssen.

Mit der Reduktion der Armee und ihrer Ausrüstung entfällt auch das Argument der Notwendigkeit des Kriegsmaterialexports und von sogenannten Dual-Use-Gütern für militärische Zwecke, um eine eigenständige Kriegsmaterialproduktion zu ermöglichen. Im gleichen Zug sollte auch im Finanzsektor eine klare Ausrichtung auf die Förderung einer friedlichen Entwicklung der Welt erfolgen, mit dem Verbot der direkten und indirekten Finanzierung von Rüstungsgütern bzw. der Rüstungsindustrie.

Technologische Sicherheitsrisiken

Damit würde sich auch ein im Bericht angesprochenes Problem für den Forschungs- und Industriestandort zumindest entschärfen, wäre die Schweiz als Standort für Rüstungsindustrie und -finanzierung nicht mehr attraktiv: «Die Schweiz als innovativer Forschungs- und Industriestandort ist vom Risiko der Weiterverbreitung von Technologie für hochtechnologische Waffen betroffen und

muss weiterhin Massnahmen umsetzen, um eine solche Proliferation zu verhindern. Die Schweizer Industrie verfügt über Fähigkeiten in den Materialwissenschaften, die z. B. für die Entwicklung von Hyperschallwaffen wichtig sind. Robotik und zivile Drohnenentwicklung in der Schweiz können fremden militärischen Entwicklungen zudienen. Präzisionsinstrumente gehören seit je zu den Kernkompetenzen der Schweizer Wirtschaft. Um Zugang zu Technologie zu erhalten, beschaffen ausländische Staaten nicht nur einzelne Güter, sondern kaufen Technologieträger auf oder bieten Schweizer Hochschulen attraktive Kooperationsabkommen an. Dabei kann es auch dazu kommen, dass solche Infrastrukturen für Entwicklungen genutzt werden, welche die Schweiz gefährden.»

Zu Recht wird den «Bedrohungen aus dem Cyberraum» deutlich mehr Gewicht zugemessen als bisher: «Zugenommen haben insbesondere Bedrohungen hybrider Art, so etwa aus dem Cyber- und Informationsraum durch Spionage, Beeinflussungsaktivitäten und digitale Kriminalität.» Aber die Frage, ob die Armee das geeignete Mittel ist, um darauf zu reagieren, wird nicht gestellt. Wie die Erfahrungen zeigen, richten sich Cyberattacken in erster Linie gegen erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen. Was soll der zwangsläufig zeitliche limitierte Einsatz von Milizlern in diesem Bereich? Wir halten es für sinnvoller, die Cyberabwehr im Volkswirtschaftsdepartement beim SECO anzusiedeln mit professionellen Leuten.

Selbstbestimmungsrecht: kein Schutz für Menschenrechtsverletzungen

Die «Sicherheitspolitischen Interessen» werden in drei Punkte gegliedert. Wir sind damit einverstanden, dass als «langfristiges und übergeordnetes Interesse» an erster Stelle kommt: «Gewaltverzicht und regelbasierte internationale Ordnung». Allerdings ist für uns nicht nachvollziehbar, warum formuliert ist: «Um Frieden zu erhalten und Stabilität im Umfeld zu stärken, braucht es eine internationale Ordnung, die auf Regeln basiert.» Das ist doch präzise, was die UNO-Charta enthält. Warum wird das nicht direkt gesagt?

Zum zweiten Punkt «Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit» möchten wir anmerken, dass die Selbstbestimmung als völkerrechtliche Norm elementar ist: Die «Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und

Selbstbestimmung der Völker» ist in der UNO-Charta in Artikel 1 verankert und in den beiden UNO-Pakten ist sie in identischer Formulierung in Artikel 1 festgeschrieben. Dieser Stellenwert war wohl ausschlaggebend, dass praktisch alle ehemaligen Kolonien als einen der ersten Schritte nach ihrer Unabhängigkeit die Mitgliedschaft in der UNO beantragt haben – obwohl dort ja die Hauptkolonialländer Grossbritannien und Frankreich mit dem Vetorecht eine Vormachtstellung haben.

Es hat sich aber auch eine Relativierung des Selbstbestimmungsrechts durchgesetzt; für Menschenrechtsverletzungen können sich Regimes und ihre Schergen nicht mehr hinter dem Selbstbestimmungsrecht verschanzen. Die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect – R2P) ist teilweise ins Zwielicht geraten, da sie mehrfach für einen von aussen aufgezwungenen Regimewechsel benutzt wurde, weniger im Interesse der Menschenrechte als in jenem der Interventionsmacht (z.B. im Irak und Libyen). Darum ist für viele das

SCHWEIZERISCHE
75 Jahre ♦ 19

Termin bitte v

(Verschobene) Jubiläumsv

Wie zivil kann Sich

Vortrag und Hearing

Freitag, 19. November 202

Saal im 5. Stock des VPOD,

Tram 14 ab Hauptbahnhof Richtung Triemli bis

Begrüssungs-Apéro

Beginn um 18 Uhr, Eintreffen der TeilnehmerInnen, Gespräch

Ruedi Tobler, Präsident SFR:

Begrüssung und Einleitung in die Veranstaltung

Dr. Theodor Ziegler, Algolsheim (Alsace): Siche
Von der militärischen zur zivilen Sicherheits

Dr. hc. Barbara Haering, Zürich: Sicherheit neu denken
Rückfragen zum deutschen Szenario und Impulse für die

Anna Leissing, Bern: Befragung und Publikumsdiskussion
Rückfragen an die Referierenden und Moderation der Dis

Markus Heiniger, Meilen: Fazit für die Friedenspolitik in de
Peter Weishaupt, Redaktor FRIEDENSZEITUNG: Schlussv

Theodor Ziegler, Religionspädagoge, Leitungskreis Forum Friedens
Lehrbeauftragter an der Ev. Hochschule in Freiburg i.Br., Mitinitiator
des kirche und des daraus resultierenden Szenarios «Sicherheit neu

Barbara Haering, Stiftungsratspräsidentin des Genfer International
tionalrätin, ehem. Präsidentin der Friedenspolitischen Initiativen, Mi
European Security» der OSZE (2015/16).

Markus Heiniger, Historiker, ehem. Special Advisor for Peacebuild
man Rights bei der DEZA, Helvetas-Programmleiter in Sri Lanka, F
Schweizerischen Friedensrates.

Anna Leissing, Sozialanthropologin, Leiterin der Schweizer Platfo
für verschiedene NGOs in den Bereichen Menschenrechte und Er
Plattform Agenda 2030 und von Peace Watch Switzerland, Mitglie
Friedensorganisation.

Konzept der Menschlichen Sicherheit ein zentrales Element in der internationalen Menschenrechtspolitik geworden, das den Fokus von den Staaten zu den Menschen verschiebt.

Gegen einen Rückfall in die Gesamtverteidigung

An dritter Stelle folgen neun «spezifische Ziele als Schwerpunkte der Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren»:

1. Stärkung der Früherkennung von Bedrohungen, Gefahren und Krisen.
2. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität.
3. Verstärkte Ausrichtung auf hybride Konfliktführung.
4. Freie Meinungsbildung und unverfälschte Information.
5. Verstärkung des Schutzes vor Cyberbedrohungen.
6. Verhinderung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, organisierter und übriger transnationaler Kriminalität.
7. Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit bei internationalen Krisen.

8. Verbesserung des Schutzes vor Katastrophen und Notlagen und der Regenerationsfähigkeit.

9. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und des Krisenmanagements.

Eine solche Detaillierung – oder Aufsplitterung? – von Zielen der Sicherheitspolitik hat es in den früheren Berichten nicht gegeben. Wir zweifeln daran, dass dies einen Mehrwert bzw. eine inhaltliche Vertiefung des Berichts ergibt und nicht eher dazu führt, sich in Detailfragen zu verlieren und die Gesamtsicht aus den Augen zu verlieren.

In Kapitel 4 werden «Politikbereiche und Instrumente der Sicherheitspolitik» behandelt. Zu diesem Kapitel haben wir einen grundsätzlichen Vorbehalt. Es erscheint uns als Rückfall in die Zeit der Gesamtverteidigung, als diese alle gesellschaftlichen Bereiche in den Dienst der Verteidigung stellen und sie sich demgemäss unterordnen wollte. Wir haben dies damals kritisiert und gefordert, dass zwischen den zivilen und militärischen Bereichen zu unterscheiden sei und das Militärische nicht allem übergeordnet werden dürfe. Dies sehen wir immer noch so und halten daran fest, dass sowohl die Aussen- wie die Wirtschaftspolitik weder Bereiche noch Instrumente der Sicherheitspolitik sind – was nicht heisst, dass es nicht Berührungspunkte gibt.

Zur internationalen Zusammenarbeit

Mit der «Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität» sind wir grundsätzlich einverstanden. Zu zwei der aufgeführten Massnahmen haben wir allerdings Fragen und Vorbehalte:

– «Nutzung von Chancen, die sich durch die Weiterentwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ergeben, für mehr Zusammenarbeit, einschliesslich militärischer Kooperation im Rahmen der strukturierten permanenten Zusammenarbeit.» Der Bericht wurde zwar ausgearbeitet, bevor die Schweiz formell aus dem Rahmenabkommen mit der EU ausgestiegen ist. Wir halten gute Beziehungen zur EU für wichtig – und wünschen uns, dass der Beitritt bald an die Hand genommen werden sollte. Aber dass sich die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU vom Zivilen aufs Militärische verschieben könnte, wäre eine Entwicklung, gegen die wir uns wehren würden.

– «Einsatz für die Erhaltung der Relevanz der Partnerschaft für den Frieden,

für den sicherheitspolitischen Informations- und Meinungsaustausch und gegenseitig nützliche praktische Zusammenarbeit in diesem Rahmen.» Wir hatten uns nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung des Warschauer Pakts gewünscht, dass es auch bei der Nato eine Aufweichung geben würde – und nicht eine Erweiterung um ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten – mit einem entsprechenden Ausbau und Stärkung der OSZE. Diese Chance für eine stabilere Friedensordnung in Europa ist verpasst worden. Wir halten aber weiterhin dafür, dass es wichtiger ist, die OSZE als die Partnerschaft für den Frieden zu stärken.

Weiterentwicklung der Rüstungskontrolle und Abrüstung

Hingegen sind wir grundsätzlich einverstanden mit der «Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung». Wie wir uns diese vorstellen, haben wir bereits ausführlich dargestellt. Weiter gibt es den Bericht «Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung» vom 9. November 2020, der einen guten Überblick über die Einsätze der Schweiz in der Friedensförderung bietet, mit seinen zehn Empfehlungen allerdings praktisch im heutigen Rahmen verbleibt. Damit auseinandergesetzt haben wir uns in unserem Jahresbericht 2020 «Stillstand in der Friedenssicherung überwinden».

Und selbstverständlich unterstützen wir auch den «Einsatz für die Weiterentwicklung der Rüstungskontrolle und Abrüstung». In diesem Bereich haben wir allerdings eine grundsätzliche Kritik am Bundesrat: Es ist unverständlich, dass er sich geweigert hat, den verbindlichen Auftrag des Parlaments zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag umzusetzen, und diesen offenbar aus Rücksicht auf die Nato und die USA zumindest hinauszögert, wenn nicht gar ganz verhindert. In die definitive Version des sicherheitspolitischen Berichts gehört nach unserer Auffassung ein eindeutiges Bekenntnis zum Vertrag und die baldmöglichste Ratifizierung durch die Schweiz.

Eine Massnahme vermissen wir im obigen Katalog: Den Einsatz der Schweiz für ein Abkommen zu den privaten Militär- und Sicherheitsfirmen. In diesem Bereich hat die Schweiz mit dem Montreux-Dokument vor einem Jahrzehnt einen grundsätzlichen Erfolg erzielt, aber nun wäre die Zeit gekommen für ein verbindliches völkerrechtliches Abkommen.

FRIEDENS RAT
2015 – 2020

Merkmale!

Veranstaltung

Sicherheitspolitik sein?

1. 18.00 – 21.30 h

Birmensdorferstr. 67, Zürich
Bahnhof Wiedikon

Beginn des Referates um 18.45 Uhr

Sicherheit neu denken
Politik: Ein Szenario bis zum Jahr 2040

schweizerische Sicherheits- und Friedenspolitik

Diskussion

in der Schweiz

Wort

ethik in der Evang. Landeskirche Baden-Württemberg,
des friedensethischen Prozesses in der badischen Lan-
denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik.
alen Zentrums für Humanitäre Minenräumung, alt-Na-
mitglied des «High Level Panel of Eminent Persons on

ding des EDA in Nepal, Policy Adviser Conflict and Hu-
redaktor Friedenszeitung, Geschäftsführer des

rm für Friedensförderung KOFF bei Swisspeace, ehem.
wicklungszusammenarbeit tätig, Vorstandsmitglied der
nd Programmkommission beim cfd – die feministische

Femizide in der Schweiz dokumentieren

In der Schweiz wird alle zwei Wochen eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Das Rechercheprojekt «Stop Femizid» versucht, jeden Femizid und jeden versuchten Femizid zu dokumentieren. Verantwortlich zeichnen die Journalistin Sylke Gruhnwald, die Wissenschaftlerin Nadia Brügger und die Grafikerin Pauline Martinet. «Stop Femizid» unterhält auch ein Alarmsystem für Betroffene und will dazu beitragen, die Ermordung von Frauen in den Medien nicht länger als «Beziehungsdelikt» zu verharmlosen.

/ Stop Femizid /

Jede Woche überlebt eine Frau einen versuchten Femizid. Das berichtet das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann für das Jahr 2019. Frauen werden aber auch ausserhalb von Beziehungen Opfer von Femiziden. Statistiken beleuchten das «Hellfeld» der bekannt gewordenen Fälle von Gewalt und Tod, Dunkelziffer unbekannt. In der Schweiz gibt es keine offizielle Stelle, die Femizide aufzeichnet und eine Statistik über Tötungen aufgrund des Geschlechts führt.

Femizide sind keine Einzelfälle, sondern Resultat von struktureller Gewalt, deren Ausgangspunkt in den patriarchalen Machtverhältnissen unserer Gesellschaft liegt. Gewalt gegen Frauen wird noch oft als Privatsache behandelt, was sich am gesellschaftlichen Umgang damit ablesen lässt: Der Begriff Femizid ist in der Schweiz noch immer kein etablierter politischer Begriff. Seine Verwendung wurde im Sommer 2020 vom Ständerat erneut abgelehnt: Pläne zur Verwendung des Begriffs Femizid bestehen derzeit nicht.

Familiendrama, Beziehungstragödie, Einzelfälle etc.

Im Kanton Zürich rückt die Polizei im Schnitt 15 Mal pro Tag wegen familiärer Streitereien oder häuslicher Gewalt aus. Im Tessin drei Mal. In Genf nimmt die Kantonspolizei pro Tag fast zwei Anzeigen auf. Doch über Gewalt und Femizide wird kaum berichtet. Und wenn,



dann oft nur in Lokal- und Boulevardzeitungen, häufig bezeichnet als «Familiendrama», als «Beziehungstragödie» – und als «Einzelfall».

Forschungsarbeiten am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg im Breisgau zeigen, dass ein toxisches Männlichkeitsbild eine Gemeinsamkeit aller Täter ist. Traditionelle Geschlechterrollen prägen Täter, weniger deren Nationalität, Herkunft und sozialer Status. Auch die Istanbul-Konvention bezeichnet traditionelle – und damit patriarchale – Geschlechterrollen als mitverantwortlich für die Gewalt gegen Frauen. Der völkerrechtliche Vertrag, der am 1. April 2018 in der Schweiz in Kraft getreten ist, hält explizit fest, dass häusliche Gewalt als Menschenrechtsverletzung verstanden werden muss.

Fehlende Prävention

Nach wie vor fehlt es in der Schweiz immer noch an Prävention und Aufklärung: Täter können eine lange Gewaltgeschichte haben; jeder weitere Femizid ist damit das Versagen gesellschaftlicher Kontrollmechanismen. Bei der Polizei, bei GutachterInnen, bei der Justiz. Um Gewalt gegen Frauen möglichst umfassend zu dokumentieren, zählen wir nicht nur Femizide infolge häuslicher

Gewalt, sondern auch die Femizide, in denen die Täter keine Beziehung zu den Opfern hatten, Fälle aus rassistischen, homo- und transphoben sowie behindertenfeindlichen Motiven und solche an Sexarbeiterinnen.

Femizide im Jahr 2021

- 12. Januar 2021, Breitenbach, Solothurn. Die Frau wurde 90 Jahre alt.
- 17. Januar 2021, Gunten, Bern. Die Frau wurde 31 Jahre alt.
- 8. Februar 2021, Basel. Die Frau wurde 39 Jahre alt.
- 16. Februar 2021, Winterthur, Zürich. Die Frau wurde 32 Jahre alt.
- 23. Februar 2021, Buchs, St. Gallen. Die Frau wurde 22 Jahre alt.
- 23. Februar 2021, Wilchingen, Schaffhausen. Die Frau wurde 80 Jahre alt.
- 8. März 2021, Breganzona, Tessin. Die Frau wurde 77 Jahre alt.
- 12. März 2021, Schafisheim, Aargau. Die Frau wurde 44 Jahre alt.
- 15. März 2021, Aegst am Albis, Zürich. Die Frau wurde 77 Jahre alt.
- 19. März 2021, Bussigny, Waadt. Das Alter der Frau ist nicht bekannt.
- 28. März 2021, Bellinzona, Tessin. Die Frau wurde 44 Jahre alt.
- 17. April 2021, Malleray, Bern. Die Frau wurde 87 Jahre alt.
- 22. April 2021, Peseux, Neuenburg. Die Frau wurde 34 Jahre alt.
- 1. Juni 2021, Oberbüren, St. Gallen. Die Frau wurde 31 Jahre alt.
- 13. Juni 2021, Leukerbad, Wallis. Die Frau wurde 54 Jahre alt.
- 5. Juli 2021, Châtelineau, Genf. Die Frau wurde 58 Jahre alt.
- 8. Juli 2021, Terrebasse, Frankreich. Ein 50-jähriger Schweizer tötet seine Partnerin. Die Frau wurde 49 Jahre alt.
- 11. Juli 2021, Emmenbrücke, Luzern. Die Frau wurde 29 Jahre alt.
- 20. Juli 2021, Beringen, Schaffhausen. Die Frau wurde 57 Jahre alt.
- 5. August 2021, Phuket, Thailand. Eine Schweizerin wird in ihren Ferien getötet. Die Frau wurde 57 Jahre alt.
- 12. August 2021, Ostermündingen, Bern. Die Frau wurde 20 Jahre alt.

Versuchte Femizide

- 5. Februar 2021, Rechterswil, Solothurn. Beide Frauen überleben.
- 25. Februar 2021, Otelfingen, Zürich. Die Frau überlebt. Sie ist 38 Jahre alt.
- 6. Juni 2021, Solothurn. Die Frau überlebt.
- 12. Juni 2021, Dübendorf, Zürich. Die Frau überlebt. Sie ist 58 Jahre alt.
- 11. Juli 2021, Muttens, Basel-Landschaft. Die Frau überlebt. Sie ist 25 Jahre alt.



100 years
WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR
PEACE & FREEDOM



Montag, 29. November 2021
von 19.00 – 21.00 Uhr

an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

**Sexualisierte Gewalt rund um
Frauenhandel und Frauenmigration**

Wie erleben Frauen sexualisierte Gewalt? Welch
gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht es,
um die sexualisierte Gewalt zu stoppen?

Im Gespräch mit

Doro Winkler

Bereichsleiterin Fachwissen und Advocacy FIZ,
der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne 16 Tage
gegen Gewalt an Frauen.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

WILPF Schweiz



Samstag, 25. September 2021
Standaktion 14:00 – 16:00 h,
Tramhaltestelle am Stauffacher, Zürich



Montag, 25. Oktober 2021
von 19.00 – 21.00 Uhr

an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Krieg ist kein Schicksal, sondern eine politische Wahl...

Der Kampf der Menschen in Gaza um das physische
und seelische Überleben nach Jahrzehnten
von Besatzung und Krieg.

Maja Hess

Präsidentin von Medico International Schweiz
erzählt von der psycho-sozialen Arbeit in Gaza und
den Aktivitäten der medizinischen Projektpartner.

Tram 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher, dann zweite Strasse rechts).

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter info@friedensrat.ch
bis zum 22. Oktober an und erhält dann den Zugangscode.



Kundgebung zum UNO-Weltfriedenstag St. Gallen

Samstag, 18. September 2021, 14.15 Uhr.

Besammlung beim St. Leonhardspark, St. Leonhardstrasse.

**Gemeinsam für Gerechtigkeit
und Frieden – gegen Kriege
und Umweltzerstörung**

**Nach den Nuklearkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima
sofortiger Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!**

14.15 Uhr Demonstrationzug zum Grüningerplatz mit Friedens- und Protestliedern

15:00 Uhr Kundgebung auf dem Grüningerplatz
Rede von **Lea Suter**, Präsidentin Forum für Friedenskultur, Ilanz;
Kurzrede von **Leon** von der Klimastreikbewegung;
Kurzrede von **Gülsen Celikkol** vom kurdischen Kulturzentrum St. Gallen;
Musik «**PADMA Music**», indisch-europäische Rhythmen, Klänge und
Tanz, mit Bettina Portmann, Bhagyashree Jadhav und Augustin Saleem

